Nr. 88. Halle (Saale), Dienstag, den 16. April 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.9 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich — Mk., vierteljährl. 3.— Mk. für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Für Kriegsfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nebst der Wochenbeilage Neue Welt.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespaltene, 46 mm breite Millimeterzeile kostet 20 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Reklamen unter Text: für die 52 mm breite Millimeterzeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, bzw. die Nr. 1047.

## Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 16. April 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

**Angriffe auf dem Schlachtfelde an der Lys führten zu vollem Erfolge. Die großen Sprengtrichter aus der Wytschaetescschlacht 1917 wurden im Handstreich genommen. Nach kurzem Feuerschlag erstürmten wir in überraschendem Angriff Bulvergem und die feindlichen Stellungen beiderseits des Ortes. Gegenstöße englischer Kompagnien brachen völlig zusammen. Von der Ebene herauf erstiegen unsere Truppen im Angriff die Höhen zwischen Nieuwekerke und Baillenl und entrissen sie in heftigem Nahkampf dem Feinde. Englische Angriffe gegen Locon scheiterten.**

**An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme nahm der Artilleriekampf nur am Luce-Bach, in der Gegend von Moreuil und Montdidier größere Stärke an. Bei Abwehr eines von Engländern und Franzosen gemeinsam durchgeführten Angriff nördlich von Luce-Bach machten wir Gefangene.**

**Am Oise-Aisne-Kanal und auf dem Westufer der Mosel führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch.**

Osten.

**Finnland. In Lovisa (östlich von Helsingfors) nach Ueberwindung schwieriger Eisverhältnisse gelandete Truppen stießen über Lappträsk nach Norden vor, brachen mehrfach feindlichen Widerstand und haben die von Tammerfors nach Viborg führende Bahn östlich von Lahti erreicht.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

*

### Weitere offiziöse Schlachtenberichte.

Berlin, 15. April. **Amiens und Umgebung** wurden auf Befehl der englischen Heeresleitung von der französischen Zivilbevölkerung geräumt. Den Bewohnern wurde keine Zeit gelassen, ihr Vieh fortzutreiben. Die zahlreichen, jetzt herrenlosen Herden werden durch englische Truppenkommandos eingefangen. Die Engländer behalten das Vieh für sich, schlachten es ab und verwenden es nach Belieben. Die Empörung der französischen Bevölkerung gegen den britischen Bundesgenossen ist naturgemäß groß. Die französischen Soldaten schieben die Schuld an der großen Niederlage, die auch sie betroffen, sowie überhaupt an der Kriegsverlängerung, lediglich auf England. Das ungerechtfertigte brutale Auftreten der britischen Armee steht im größten Gegensatz zu ihrer Unfähigkeit, die Front zu halten, und zu ihrer fortgesetzten Preisgabe französischen Bodens. (W. T. B.)

Arras. Der Pariser Temps meldet: Arras sei von der Zivilbevölkerung geräumt worden. Auch die militärischen Anlagen in Arras seien wegen der Nähe der Kampfzone fortgeschafft worden.

Offiziöse Meinung über die Lage in England. Berlin, 15. April. Englands öffentliche Meinung ist über die Erfolge der deutschen Offensive sehr bestürzt. Mit so schnellen Fortschritten hatte man nicht gerechnet. Allgemeinen Erachtens konnten die gewaltigen Niederlagen vermieden werden, wenn die englische Führung nicht gänzlich versagt hätte. Die Engländer geben sich selbst einer maßlosen Unterschätzung der Deutschen. Zurzeit glaubt der größte Teil des Volkes an keinen Sieg der Waffen und hält ein Weiterkämpfen schon wegen der zunehmenden Lebensmittelknappheit für zwecklos. Zur Ueberbrückung der verlorenen gewaltigen Kriegsmaterials muß naturgemäß die Lebensmitteleinfuhr eingeschränkt werden. Jede Schiffsversenkung gewinnt daher jetzt erhöhte Bedeutung. Die englische Regierung entfaltet in der Presse und durch Volksredner eine starke Propaganda gegen das Wachsende Kriegsmüdigkeit. Dennoch greift diese nicht nur im Volk, sondern auch besonders an der Front immer weiter um sich. Englands einzige Hoffnung sind die französischen Reserven, deren Einsatz das englische Heer vor weiteren Niederlagen schützen müsse. (W. T. B.)

Berlin, 15. April. Die Stimmung der Australier ist durchweg kriegsmüde. Ausnahmslos herrscht die Ansicht, daß der Krieg niemals mit einem Sieg Englands enden könne. Die Australier sind auf die Engländer deshalb besonders erbost, weil sich diese das ganze, während vieler Monate unter ungeheuren Opfern eroberte Sommegelände in wenigen Tagen abnehmen ließen. Der Zorn hierüber ist bei ihnen deshalb so groß, weil es in erster Linie die Australier waren, die wie gewöhnlich, so auch in der Sommeschlacht 1916 am schwersten bluten mußten. (W. T. B.)

*

**Die Beschießung von Paris.** Paris, 15. April. Amtlich. Das weittragende Geschütz hat die Beschießung der Gegend von Paris während des 14. April fortgesetzt. Eine Frau wurde getötet. — Ein Geschoß krepierte auf einer gepflasterten Straße, die tagsüber sehr belebt ist, und rief ein Bersten des Kanalisationsrohres hervor. Ein anderes sprengte eine Mauer in einem Gehöft in die Luft. Die Pariser legten, wie Matin wissen will, keinerlei Beunruhigung an den Tag.

**Die Erbeutungen eines halben Jahres.** Berlin, 15. April. Vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 haben die Mittelmächte über 517 000 Gefangene gemacht, 7246 Geschütze, gegen 20 000 Maschinengewehre und mehr als 800 Tanks erbeutet. Außerdem fielen über 100 Panzerkraftwagen, 680 Autos, 7000 Fahrzeuge und unabsehbares Eisenbahnmaterial in ihre Hände. Unter diesem befinden sich über 800 Lokomotiven und 8000 Waggons. Die Bestände der Munitionsdepots sind noch nicht annähernd festgestellt. Allein an Artilleriemunition wurden bisher über 8 Millionen Schuß gezählt. In derselben Zeit wurden über 1100 Flugzeuge und mehr als 100 Fesselballons abgeschossen. Die Beute an sonstigem Kriegsmaterial, Pioniergerät, Handfeuerwaffen, Gasmasken, die Bestände der Bekleidungs- und Verpflegungsdepots konnten zahlenmäßig bisher noch nicht annähernd festgestellt werden. (W. T. B.)

## Friedenskundgebungen in England.

Eine Meldung besagt: Die englischen Blätter verschweigen **die umfangreichen Friedenskundgebungen, die seit Beginn der deutschen Offensive in ganz England von der Arbeiterschaft unternommen werden.** In allen Versammlungen, welche die Gewerkschaften abhalten, stimmen mindestens 60 Prozent für **die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen.**

**Russeneinstellung in England.** Nach einer Meldung der Daily News vom 23. März hat man in England mit der Einstellung russischer Untertanen in die englische Armee wieder begonnen. Die englischen Militärbehörden hoffen, auf diese Weise 10 000 Soldaten zu erhalten.

**Englische Finanzen.** Der englische Ministerrat hat die Einbringung einer neuen englischen Kriegskreditvorlage von 500 Millionen Pfund Sterling (10 Milliarden Mark) beschlossen für die ab 1. Mai entstehenden weiteren Kriegskosten. Der Daily Mail zufolge wird Bonar Law beim neuen Staatshaushalt große Erhöhungen der Steuerabgaben verlangen, so daß die gesamten Staatseinnahmen hieraus 1000 Mill. Pfund betragen werden. Die Einkommensteuer wird durch eine Ergänzungssteuer auf die größeren Einkommen erhöht, ferner wird eine erhebliche Steuer auf Bier, Spiritus, Kaffee, Tee und Zucker gelegt. Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Abgaben im Vorjahre betrugen 700 Millionen. Es müssen also 300 Mill. Pfund Sterling = 6 Milliarden Mark neue Steuern beschafft werden.

## Der Wunsch der Baltenbarone.

Auf die Wünsche der vereinigten sogenannten „Landesräte" von Livland, Estland, Riga und Oesel, die dahin formuliert wurden, der deutsche Kaiser möge zugleich Herrscher über dies Baltenreich werden, hat die deutsche Annektionistenpresse Loblieder gesungen. Diese Blätter wünschen, daß Wilhelm II. die Kronen annehme. Sogar eine nationalliberale Versammlung in Soest telegraphierte schnell: „nach begeisterten Worten des Abgeordneten Stresemann der Bitte Estlands und Livlands stattzugeben und die Kronen dieser Länder anzunehmen. Schulenburg, Mitglied des Reichstages."

Wilhelm II. sandte ein Telegramm an die Landesräte, in dem es heißt:

„Ich danke Gott von Herzen, daß er mich und meine Armeen das Werkzeug für diese Befreiung hat sein lassen und mir die Möglichkeit gegeben hat, die Zukunft der alten durch deutsche Arbeit geschaffenen Lande auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Bitte des Landesrates um Anschluß an das Deutsche Reich unter meinem Zepter wird mit Wohlwollen begrüßt werden. Ich nehme sie als ein Zeichen des Vertrauens zu meiner Person und meinem Haus und zu Deutschlands Zukunft und spreche dem Landesrat meinen kaiserlichen Dank aus. Wilhelm I. R."

## Der Kampf um Beßarabien.

### Die ukrainische Rada gegen Rumänien.

Kiew, 13. April. Die Nachricht von dem Anschlusse Beßarabiens an Rumänien hat in allen Kreisen der ukrainischen Bevölkerung eine große Entrüstung hervorgerufen. Unverzüglich wurde eine außerordentliche Sitzung des ukrainischen Parlaments, der Zentralna Rada, abgehalten, die speziell der beßarabischen Frage gewidmet war. Alle Fraktionsführer im Parlamente haben energisch gegen die internationale Spekulation der rumänischen Regierung Protest erhoben. Sie haben darauf hingewiesen, daß dieser Anschluß nicht nur dem Wunsche der ukrainischen, deutschen und bulgarischen Bevölkerung in Beßarabien nicht widerspreche, sondern auch nicht dem Wunsche der moldauischen Bevölkerung selbst.

Aus Kischinew wird gemeldet, daß in der Schlußsitzung von Spatul Ceri, in welcher im Beisein von Marghiloman der Anschluß Beßarabiens an Rumänien beschlossen wurde, 86 Stimmen für und 3 Stimmen gegen den Antrag abgegeben worden sind, bei 38 Stimmenthaltungen. Abwesend waren 13 Mitglieder der Versammlung.

Kiew, 13. April. Die ukrainische Presse erhebt einstimmig Einspruch gegen die imperialistischen Gelüste der rumänischen Regierung und weist darauf hin, daß das ukrainische Volk sich mit der Lösung der beßarabischen Frage im rumänischen Sinne nie einverstanden erklären könne. Die ukrainische Regierung wird aufgefordert, energisch aufzutreten.

Kiew, 13. April. Aus Odessa wird gemeldet: Gestern wurden die Vertreter der 200 000 Seelen zählenden bulgarischen Bevölkerung in Beßarabien nach Sofia delegiert mit dem Protest gegen den eventuellen Anschluß Beßarabiens an Rumänien. Die Bulgaren in Beßarabien befürchten das Schicksal ihrer Brüder in der Dobrudscha und wollen nicht von Rumänien unterjocht sein.

---

**Versenkungen.** Berlin, 15. April. Amtlich. Im Sperrgebiet des mittleren Mittelmeeres versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote 6 Dampfer, die in gesicherten Geleitzügen fuhren, und 2 Segler. Zusammen mindestens 26 000 Tonnen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

**Die Papiernot auch in Frankreich.** Progrès de Lyon meldet aus Paris: In der Kammersitzung vom 10. April wurde eine Regierungsvorlage angenommen, wonach der Verbrauch von Papier und Druckmaterial in Frankreich fernerhin eingeschränkt wird. Der Antrag sieht vor, daß die Zeitungen künftig wöchentlich nur noch dreimal vierseitig und dreimal zweiseitig erscheinen dürfen (das Format der französischen Blätter ist doppelt so groß, wie das in Deutschland üblich). Ein Zusatzantrag, neue Zeitungen zu verbieten, wurde abgelehnt.

## Reichstag.

Heute trat in Berlin der Reichstag wieder zusammen. Das könnte für das schwergeprüfte Volk ein Ereignis sein, zu dem es hoffungsvoll emporblickt — wenn der Reichstag eine Volksvertretung im treffendsten, höchsten und erhabensten Sinne wäre. Aber der Reichstag ist nur ein schwaches Nebenräderchen an der deutschen Kraftmaschine, das zwar nicht auszuschalten ist, das aber gegenüber den machtvollen Schwung- und Antriebsrädern nur eine harmlose Bedeutung hat.

Die Rolle des Reichstages hat durch den Krieg nicht gewonnen. Nachdem er alle Vollmacht in die Hände des Bundesrats gelegt hatte und jeden Kriegskredit ohne Ansprüche auf entscheidende Mitwirkung bewilligte, ruhte er während der fast vier Jahre meist daheim sorglos aus. Nicht nur die Kriegführung wurde ohne ihn bestimmt, auch die wichtigsten neuen welthistorischen Maßnahmen in der Kriegspolitik sind von ihm nicht beschlossen worden. Die deutsche Volksvertretung wurde immer vor vollendete Tatsachen gestellt.

Als man die ersten entscheidenden weit wirkenden Schritte in bezug auf Friedensschlüsse (Errichtung des polnischen „Königreichs" usw.) machte, hatte der Reichstag keine Ahnung davon. Das blieb so — und das bleibt so. Die Kriegführung besorgt der Militarismus, woraus ihm solche Stärke und Macht erwächst, daß er auch bei der Kriegspolitik und bei der Friedenspolitik das gewichtigste Wort spricht. Daran ändern alle schönen Reden der Politiker des „Blocks der Mehrheitsparteien" nichts, die da immer behaupteten und immer noch wähnen, die Grundsätze ihrer „Friedensresolution" seien die Grundsätze der Regierung Hertling. Die Tatsachen haben diese Resolution gründlich abgetan, woraus freilich die Parteien, vor allem die Reformsozialisten, ihre Konsequenzen ziehen müßten. Aber ihr einziges Ziel ist jetzt: Erhaltung des Blocks der Mehrheitsparteien, der das Rückgrat der deutschen Kriegsregierung bildet. Die bürgerlichen Bestandteile dieses Blocks setzen sich immer stärker für einen militärischen Machtfrieden auch im Westen ein, der nur den Augenblicksinteressen der Annektionisten dienen, die Kriegs- und Weiterrüstungsgefahr aber nicht bannen würde. So ist vom deutschen Reichstage keine Friedenspolitik zu erhoffen, die den dauernden, den ewigen Frieden sichern werde.

In der innern Politik hätte der Reichstag die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Er müßte unbedingt auf Beseitigung des Belagerungszustandes und Aufhebung der Preßzensur bestehen. Aber seine halben und harmlosen Wünsche fanden nie Beachtung. Weil er eben in Bewilligung aller Machtmittel an die Regierung bedingungslos zuverlässig ist. Er hat durch sein Etatsrecht weder das parlamentarische System errungen — wovon es jetzt ganz still geworden ist — noch hat er seine sonstigen Wünsche irgendwie durchzusetzen gewußt. So bleibt auch die innere „Neuorientierung" ein Schlagwort, das keinen wertvollen Inhalt bekommt. Was an „Reformen" geplant wird, ist nicht der Rede wert. Die Zusammenlegung der großen Reichstagswahlkreise zeigt überdies, daß diese Reformen ihre Spitze gegen die Sozialdemokratie kehren. Man will, daß aus diesen großstädtischen Kreisen nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Vertreter hervorgehen, deshalb hier die Verhältniswahl, während auf dem agrarischen Lande nach wie vor die sozialdemokratischen Minderheiten unvertreten bleiben. Na — und so weiter.

Schließlich kommt das bitterste Ende: die neuen Steuern! Die Deckung des Defizits und die Bezahlung der Schulden ist ein Problem von ungeheuerlichster Bedeutung — und von den schwersten Folgen für das Volk. Wir werden bald erfahren, wie bezahlt werden muß.

Die Reichstagstagung erweckt nicht Freude und Vertrauen.

## Die Briefaffäre.

### Ihr Verlauf und — ihr Weitergang.

Der Rücktritt des Grafen Czernin von der Leitung der österreichischen Außenpolitik hat nicht nur ungeheures Aufsehen erregt, sondern auch die Oeffentlichkeit erneut auf den Streit hingelenkt, der über den Brief des Kaisers Karl durch die Behauptungen Clemenceaus entstanden ist. In dieser internationalen Affäre stehen sich die Erklärungen schroff gegenüber. Es ist vorauszusehen, daß der Streit noch recht lange weitergehen und neue Veröffentlichungen zeitigen wird. Es sei hier zusammenfassend der Lauf der Dinge kurz registriert.

Nachdem erst Andeutungen Clemenceaus erfolgt waren, die von Wien bestritten wurden, veröffentlichte Clemenceau den Text eines Briefes des österreichischen Kaisers Karl an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon. Clemenceau behauptete, daß dieser Text u. a. folgende Stellen enthalte:

„Frankreich hat seinerseits eine Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern ohne Vorbehalt die herrliche traditionelle Tapferkeit seiner Armee und die Opferwilligkeit des ganzen französischen Volkes. Es ist mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, kein wirklicher Widerspruch in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit denen, welche in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Widerkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180416-14/fragment/page=0001

treffen kann, verhüten werden. Zu diesem Zwecke und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell, Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinem Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde."

Darauf sandte Kaiser Karl ein Telegramm an Kaiser Wilhelm, in dem es heißt:

„Der französische Ministerpräsident sucht dem Lügennetz, in das er sich selbst verstrickt hat, zu entrinnen, indem er immer mehr und mehr Unwahrheiten anhäuft und sich nicht scheut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, daß ich irgendwelche „gerechte Rückerwerbungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen" anerkannt hätte. Ich weise diese Behauptung mit Entrüstung zurück. In einem Augenblick, in dem die österreichisch-ungarischen Kanonen geneuiniam mit den deutschen an der Westfront donnern, bedarf es wohl kaum eines Beweises dafür, daß ich für Deine Provinzen genau so kämpfe und auch ferner zu kämpfen bereit bin, als gelte es, meine eigenen Länder zu verteidigen."

Eine amtliche Wiener Erklärung besagte, der angebliche Text des Kaiserbriefes sei eine Fälschung. Die Briefstelle habe gelautet:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht."

Herr Clemenceau antwortete jetzt mit folgender neuen Note:

Paris, 14. April. Havas. Es wird folgende amtliche Note veröffentlicht: „Es gibt Leute, deren Gewissen verdorben ist. Kaiser Karl verfällt, in der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, das Gesicht zu wahren, darauf, zu schwatzen wie ein Irrsinniger. Jetzt ist er gezwungen, seinen Schwager fälschlich zu beschuldigen, indem er eigenhändig einen lügnerischen Text konstruiert. Das Originaldokument, dessen Text die französische Regierung veröffentlicht hat, wurde in Gegenwart Jules Cambons, des Generalsekretärs des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der vom Minister entsandt war, dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, der eine Kopie desselben mit Genehmigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übermittelt hat. Mit Ribot selbst hat sich der Prinz darüber in Ausdrücken unterhalten, die keinen Sinn gehabt hätten, wenn der Text nicht der wäre, wie er von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Ist es nicht ganz klar, daß keine Besprechung hätte beginnen können und daß der Präsident der Republik den Prinzen ein zweites Mal gar nicht mehr empfangen hätte, wenn auf Veranlassung Oesterreichs der Prinz einen Brief in der Hand gehabt hätte, der unsere Rechte bestritten, anstatt sie zu bejahen? Der Brief des Kaisers Karl, so wie wir ihn zitiert haben, ist vom Prinzen Sixtus persönlich den Staatsmännern gezeigt worden. Uebrigens können zwei Freunde des Prinzen die Richtigkeit bestätigen, besonders derjenige, der den Brief vom Prinzen zur Abschrift erhalten hat."

So geht der Streit weiter. Wie gestern berichtet, erklärte Kaiser Karl in einem neuen Telegramm, daß die Anschuldigungen Clemenceaus so niedrig seien, daß er mit Frankreich über die Sache nicht weiter diskutiere.

Inzwischen trat Graf Czernin zurück — und wie die Presse berichtete, aus dem Grund, daß er von dem Briefe, auch soweit sein Text nicht gefälscht worden sei, nicht unterrichtet wurde. Heute wird gemeldet:

Wien, 15. April. Graf Czernin hat in die Urschrift des Briefes Kaiser Karls an den Prinzen Sixtus von Parma Einsicht genommen. Die Urschrift steht vollständig im Einklang mit der über den Kaiserbrief veröffentlichten Kundmachung unseres Ministeriums des Aeußern vom 12. April. In diesem Schriftstück ist weder ein Auftrag an den Prinzen Sixtus enthalten, den Brief Kaiser Karls irgend jemandem mitzuteilen, noch steht ein Wort über Belgien darin. Der auf Elsaß-Lothringen bezügliche Satz deckt sich vollständig mit der vom Ministerium des Aeußern veröffentlichten Fassung."

Clemenceaus Gegenschlag ist: Paris, 15. April. Clemenceaus Pressebureau läßt mitteilen, die Regierung werde, falls erforderlich, neue Dokumente aus dem Aktenstück „Prinz Parma" publizieren. — Petit Journal sagt, es sollen in der Kaiserbriefangelegenheit weitere amtliche Erklärungen Clemenceaus, Ribots und sonstiger Persönlichkeiten vor den Kammerausschüssen bevorstehen.

Die Presse gibt allerseits zu, daß in dem Duell Clemenceau-Czernin zunächst Clemenceau den Rückritt seines Gegners Czernin erlebte. Dabei wird zu beachten sein, daß Czernins Fall auch noch andere Ursachen hat. Der gewandte Staatsmann war den österreichischen Machtpolitikern zu sehr als Friedensmann verdächtig. Er hat zu scharf gegen Annektionen gesprochen, obgleich seine Friedensschlüsse im Widerspruch dazu standen. Die Annektionisten in Oesterreich und Deutschland sind erfreut über Czernins Abgang. Sie hoffen auf einen „starken" Nachfolger. Kaiser Karl ist nach Budapest gereist, woraus geschlossen wird, daß Graf Tisza oder Graf Andrassy ausersehen sei.

•

### Czernin — Kühlmann — Helfferich.

Der Rücktritt des Grafen Czernin wird in der alldeutschen Presse mit ebensoviel Genugtuung begrüßt wie man zuvor mit allerlei direkten und indirekten Angriffen seine Politik bekämpfte.

So sagt die Kreuzzeitung von Czernin, er habe besonders bei den Verhandlungen mit Rumänien die deutsche Politik mehr beeinflußt, als für sie „gut" war. Wenn das zugleich als „Zeichen seiner staatsmännischen Befähigung" bezeichnet wird, so richtet sich diese Spitze deutlich gegen Herrn v. Kühlmann. — Daß sich Czernin den ihm unbekannten politischen Briefwechsel seines Kaisers nicht gefallen ließ, wird als nicht überraschend bezeichnet.

Besonders wird als weitere Folge von Czernins Rücktritt die Beseitigung des den allerschroffsten Annektionisten längst unbequemen Herrn v. Kühlmann erhofft und erstrebt. Mehr oder weniger verblümt wird angedeutet, er habe sich im Widerstreit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Interessen über den Löffel barbieren lassen. So meint die Deutsche Tageszeitung, daß Czernin seine Erfolge „vielfach auf Kosten des Deutschen Reiches errang, dessen Vertreter Freiherr v. Kühlmann nicht als ein ihm ebenbürtiger Partner angesehen werden konnte".

Von dem Deutschen Kurier wird jetzt daneben ganz deutlich Herr Dr. Helfferich, der Unentbehrliche, als Werkzeug der Alldeutschen Kühlmann-Hetze hingestellt. Dem genannten Annektionistenblatt wird geschrieben:

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist es ein Besuch des Herrn Dr. Helfferich im Großen Hauptquartier gewesen, welcher an den letzt-entscheidenden Stellen größere Klarheit über die Unzulänglichkeit und erstaunliche Unergiebigkeit der bisher durch Herrn von Kühlmann geführten Friedensverhandlungen geschaffen hat."

Nach näherer Schilderung der „vielgerühmten Staatskunst v. Kühlmann" heißt es weiter:

„So ist es als eine Wirkung des Helfferichschen Eingriffes anzusehen, daß Herr von Kühlmann, trotzdem der neue Vertrag bereits paraphiert war, sich plötzlich zu einer neuen beschleunigten Reise nach Bukarest in einem Augenblick veranlaßt sah, in dem er gerade auf seinen Lorbeeren ausruhen wollte."

Vielleicht will und soll gar der betriebsame Helfferich selbst die Hand in das gewünschte Gleis schieben. Ihn, der wie sonst niemand von seiner vielseitigen Vollkommenheit überzeugt ist, sich auch noch als Staatssekretär des Auswärtigen unzulänglich probieren zu sehen, wäre in dieser ernsten Zeit eine heitere Episode. Wenn sie nur nicht so kostspielig wäre!

## Weitere Kriegsnachrichten.

**Handelsverkehr mit Rußland.** Berlin, 14. April. Die Petersburger Handelshäuser erhielten von der Bolschewiki-Regierung den Befehl, den Handelsverkehr mit dem bisherigen feindlichen Ausland unverzüglich wieder aufzunehmen.

**Kornilow bietet der Sowjetregierung seine Dienste an.** Havas meldet aus Petersburg: Den Blättern zufolge hat General Kornilow der Regierung mitgeteilt, daß die Kosaken in Novo Tschekkoisk gewillt seien, die Sowjetregierung anzuerkennen und die Feindseligkeiten einzustellen, wenn dies auch seitens der Regierung geschehe. Kornilow sei bereit, die Führung der Sowjettruppen gegen die Deutschen zu übernehmen.

**Nach der Eroberung von Charkow** haben die deutschen und ukrainischen Truppen nach einem 36stündigen Kampf die Offensive in östlicher Richtung aufgenommen.

**Friedensförderer kommen ins Gefängnis.** Die Agenzia Stefani meldet aus Alessandria: Der italienische Deputierte de Giovanni (offizieller Sozialist) wurde wegen defaitistischer Aeußerungen, die er in Gegenwart mehrerer Personen am 11. November 1917 im Eisenbahnwagen tat, zu 3 Monaten Gefängnis und 200 Lire Buße verurteilt.

**Neue Brotunruhen in Holland.** Haag, 15. April. Bei den gestern sich hier wiederholenden Krawallen hat das Militär scharf geschossen. Ein Belgier und ein junges Mädchen wurden dabei getötet, 40 Personen verwundet. In den übrigen Großstädten Hollands ist der gestrige und heutige Tag ziemlich ruhig verlaufen. Dagegen scheint die Verkündigung eines Generalstreikes bevorzustehen, wenigstens weisen Auslassungen in der revolutionären Presse des Landes darauf hin. Der Schaden, der während der Ruhestörungen an dem Privateigentum angerichtet worden ist, wird auf 200 000 Gulden geschätzt.

**Holland behält seine Lebensmittel.** Rotterdam, 15. April. Nieuwe Roterdamsche Courant erfährt, daß der Geleitzug nach England heute abgefertigt werden sollte. Die Zollbehörden verweigerten aber wegen des neuen Ausfuhrverbots für Lebensmittel die Ausklarierung.

## Zur Frage der Landesverteidigung.

Von K. Kautsky.

### 1. Der Begriff der Landesverteidigung.

Die Bedingungen, die der Friede von Brest-Litowsk dem russischen Volke auferlegt, werden von den Abhängigen triumphierend als glänzende Rechtfertigung ihrer Bejahung der Landesverteidigung gedeutet. Wie Rußland wäre es Deutschland ergangen, wenn die Sozialdemokratie die Kriegskredite ablehnte. Man habe aber nur die Wahl, die Landesverteidigung entweder prinzipiell anzuerkennen oder prinzipiell abzulehnen. Wenn die Unabhängigen weder das eine noch das andre täten, so sei das ein Beweis von Feigheit, Unehrlichkeit oder völliger Haltlosigkeit in einer Frage, die geradezu die Lebensfrage für Partei und Volk geworden ist.

Auch bei der Niederbarnimer Wahl spielte das Prinzip der Landesverteidigung eine große Rolle, das einzige Prinzip, das die Abhängigen noch anerkennen.

In Wirklichkeit haben wir es keineswegs abgelehnt, uns über die Frage der Landesverteidigung zu äußern. Es ist wiederholt und ausführlich geschehen, aber allerdings in einer Weise, die den Abhängigen nicht sehr bequem war, daher schwiegen sie unsre Antworten tot.

Mir liegen natürgemäß meine eigenen Aeußerungen am nächsten zur Hand. In der früheren Neuen Zeit habe ich mich zweimal über die Frage geäußert, einmal im Dezember 1916 in einer Abhandlung unter dem Titel Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg (I. Die Landesverteidigung, XXXV, I, S. 297 ff.) und dann im Mai 1917 in einem Artikel über Die Landesverteidigung (XXXVI, I, S. 121 ff.). Beidemal kam ich zu dem Ergebnis, daß die ganze Fragestellung: Bist du prinzipiell für oder gegen die Landesverteidigung? verkehrt ist und zu unhaltbaren Konsequenzen führt, wie immer man sie beantworten mag.

Die Frage hat ungefähr ebensoviel Sinn, als wenn man ganz allgemein untersuchen wollte, ob man für oder gegen eine Einkommensteuer sei. Man kann sicher prinzipiell manche Steuerarten unter allen Umständen ablehnen, andre für zulässig erklären. Man darf aber doch daraus nicht schließen, daß man unter allen Umständen die zulässigen Steuern zu bewilligen habe, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen, die Regierung, die sie stützen. Kurz, die Frage nach der Anerkennung einer Einkommensteuer bekommt erst einen Sinn, wenn man sie im Zusammenhange mit einer bestimmten politischen Situation untersucht. Außerhalb dieses Zusammenhanges kann man sie weder bejahen noch verneinen, ist sie einfach sinnlos.

Dasselbe, was für die Frage der Einkommensteuer gilt, verlangen wir auch für die der Landesverteidigung. Wir lehnen es nicht ab, sie zu beantworten, aber wir lehnen es ab, sie außerhalb eines bestimmten politischen Zusammenhanges zu betrachten, der ihr erst einen Sinn gibt. Wer sich durch die Abhängigen verleiten läßt, trotzdem die Frage isoliert, aus ihrem Zusammenhange gerissen, zu beantworten, der gerät auf jeden Fall in eine Sackgasse, mag seine Antwort verneinend lauten oder bejahend.

Die Untersuchung im politischen Zusammenhang ist für die Frage der Landesverteidigung noch unerläßlicher als für die der Einkommensteuer, denn bei dieser haben wir es mit einem bestimmten Begriff zu tun, an dem sich nichts deuteln läßt. Unter dem Wort „Landesverteidigung" dagegen werden die verschiedensten Begriffe verstanden, deren Durcheinanderwerfen eines der Hauptkunststücke ist, durch die die Abhängigen ihre agitatorischen Wirkungen erzielen.

Zunächst bedeutet die Landesverteidigung eine rein militärische Aktion, die in einer gewissen Kriegslage notwendig werden kann, nämlich dann, wenn die eigene Armee nicht stark genug ist, den Krieg in Feindesland zu tragen. Ob diese Aktion im Laufe des Krieges notwendig erscheint, hängt von den Anschauungen der militärischen Führung, ob sie unvermeidlich wird, von dem Lauf der Kriegsereignisse ab.

Fakt man die Frage der Landesverteidigung in diesem Sinne, dann ist sie nur jedes politischen Moments, dann wird es sinnlos zu fragen, ob ihre Bejahung oder Verneinung mit bestimmten politischen Prinzipien zusammenhängt oder nicht. Gerade wegen ihres unpolitischen Charakters aber erscheint sie als eine Frage, die außerhalb des Bereichs der Parteikämpfe steht, alle Klassen in gleicher Weise angeht, den Burgfrieden erheischt.

Doch unbemerkt wird der Begriff der Landesverteidigung mit andern in Verbindung gebracht, die einen politischen Charakter tragen.

Die Notwendigkeit der Landesverteidigung ist im Kriege nur unter bestimmten Umständen gegeben. Die Möglichkeit, daß sie eines schönen Tages notwendig wird, besteht aber immer, solange es Krieg gibt und man den Gegner nicht in einer Weise niedergeworfen hat, daß er unfähig ist, weiterzukämpfen. So entsteht aus der Anerkennung der Landesverteidigung die Anerkennung der Notwendigkeit, den Feind völlig kampfunfähig zu machen. In diesem Zusammenhang erscheint auch das noch als eine ganz unpolitische Forderung, die alle Klassen in gleicher Weise angeht.

Und doch setzt hier die Politik gewaltig ein.

Nicht die Landesverteidigung, wohl aber der Krieg ist eine politische Aktion. Er ist ein Produkt bestimmter politischer Ziele und Absichten. Ohne diese wäre er nicht ausgebrochen. Er wird geführt, um sie durchzusetzen. Diesem Zweck soll der Sieg dienen und nicht bloß der Landesverteidigung. Um den Feind vom Lande fernzuhalten, dazu kann es oft genügen, daß man auf die eigenen politischen Ziele verzichtet, die man im Kriege durchsetzen will, und daß man dadurch den Frieden erhält oder herbeiführt.

Die Frage der Stellung zum Kriege ist also keineswegs gleichbedeutend mit der Stellung zur Landesverteidigung. Sie hängt ab von der Stellung, die man zur Politik der eigenen Regierung wie der gegnerischen Regierung oder Regierungen einnimmt. Billige ich die Politik der eigenen Regierung und macht sie den Krieg unvermeidlich, dann muß ich mich mit aller Kraft hinter die Regierung stellen, nicht nur zu Zwecken der Landesverteidigung, sondern auch des Sieges. Mißbillige ich die Regierungspolitik schon im Frieden, so ist ein Grund wahr kein Grund, die Opposition deshalb einzustellen, weil diese mir verderblich scheinende Politik zu anderen Schäden und noch einen Krieg geführt hat. Im Gegenteil muß man nun erst recht trachten, an Stelle der bekämpften Regierung eine andre zu setzen, die eine bessere Politik treibt, und in dieser Weise die Interessen des Landes zu verteidigen.

Indem man an Stelle des Wortes „Krieg" das Wort „Landesverteidigung" setzt, an Stelle der Zustimmung zum Krieg die Anerkennung der Landesverteidigung, nimmt man den Erörterungen über den Krieg allen politischen Inhalt, jede Beziehung zur Politik der Regierung. Der Krieg erscheint dabei als etwas Unabwendbares, von jeder Politik Unabhängiges, etwa wie eine Sturmflut, der gegenüber nur eine Not tut: die Deiche zu verstärken, das bedrohte Hab und Gut und das Leben von Weib und Kind zu schützen. Man erweckt damit wieder die alte Denkweise, die Kriege ebenso wie Seuchen als Schickungen Gottes hinnahm, der ihr Kommen mit Kometen anzeigte.

Und die Regierung, die den Krieg führt und seine Ziele bestimmt, gilt da als etwas außerhalb und über alle Politik Stehendes, das zu verändern unmöglich ist. Namentlich in den ersten Kriegsjahren war diese Denkweise allgemein. (e. B.)

## Politische Uebersicht.

### West-Offensive der Alldeutschen.

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes hielt am Sonntag in Berlin eine Tagung ab. Als Hauptredner war neben dem Grafen Reventlow auch der „liberale" Abg. Traub vorgesehen, hatte aber nicht erscheinen können. In der einstimmig angenommenen Entschließung werden die früher aufgestellten Kriegsziele aufs neue bestätigt. „Im Osten ist das wesentliche Kriegsziel erreicht," so erklären die Alldeutschen mit großer Genugtuung von dem Friedensvertrag, die die Reformsozialisten nicht abzulehnen wagten. Jetzt soll nach obigem Beschluß im Westen grundsätzlich dasselbe erreicht werden. „Vor allem muß Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben," ebenso wird bedingungslos eine hohe Kriegsentschädigung verlangt.

Die doch längst erledigte Reichstags-Resolution soll der Reichstag noch besonders feierlich abtun. Die Alldeutschen erklären nämlich: „Von dem Pflichtbewußtsein des Deutschen Reichstags muß das deutsche Volk verlangen, daß er seine Entschließung vom 19. Juli 1917 preisgibt, und den geschichtlichen Ereignissen folgend, für das Kriegsziel eintritt, das sich aus der militärischen Lage ergibt."

Das Ganze steht ganz im Zeichen alldeutschen Siegesgefühls. Ihre politischen Widersacher sind überwunden oder erblicken wie die Abhängigen, in der „Enthaltsamkeit" der politischen Weisheit letzten Schluß.

### Zur Unterbringung der Kriegsteilnehmer.

Aus Berlin wird gemeldet: Die grundlegenden Vorarbeiten für die spätere Ueberführung der Heeresangehörigen in das Wirtschaftsleben sind abgeschlossen. Sie haben im engen Zusammenwirken der Heeresverwaltung, der Reichs- und Staatsbehörden und der maßgebenden Organisationen des Wirtschaftslebens stattgefunden. Gerade die besonders wichtigen Aufgaben der Arbeitsvermittlung sind bis ins einzelne mit den Abgeordneten und Fachkennern des Arbeitsnachweiswesens der öffentlichen Arbeitsnachweis-Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchgearbeitet worden. Die näheren Bedingungen werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

### In Ungarn wie in Preußen.

Die Wahlreform in Ungarn wird nun schon seit Monaten betrieben, aber sie kommt nicht zustande. Im Gegenteil, die Machenschaften häufen sich. Aus Budapest wird gemeldet, daß das Kabinett Wekerle unverzüglich seine Entlassung nehmen werde. Schon die Tatsache, daß der Träger der Krone nach Budapest bemüht wurde, deute darauf hin, daß die Lösung der innerpolitischen Fragen, vor allem der Wahlrechtsreform, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße.

Man hatte unter Regierungssanktion einen so schönen Wahlreformblock gegründet, den auch die Arbeiterpartei unterstützte. Aber bald zeigte sich, daß im Wahlreformblock starke reaktionäre Strömungen herrschten. Die Arbeiterpartei brach mit der Regierung und nun ist der Wirbel immer hoffnungsloser geworden. Die ungarischen Arbeiter sollen auf alle Fälle kein gleiches Recht erhalten. Die Aussichten des wirklich gleichen Wahlrechts sind auch in Ungarn gleich Null.

### Kleine politische Nachrichten.

**Auch Kirchenfürsten kriegen das Eiserne Kreuz.** So ist jetzt dem Erzbischof in Freiburg das Eiserne Kreuz an schwarz-weißen Bande verliehen worden. Diese Dekorierung des badischen Kirchenfürsten fällt zeitlich zusammen mit der Ratifizierung des Friedensvertrages zwischen Kurie und Staat im Großherzogtum Boden. Der liberale Staat ist nach Kanossa gegangen und hat die Waffen des Kulturkampfes im Arsenal des Burgfriedens niedergelegt. Die Gesetzgebung der nationalliberalen Aera der 90er Jahre zur Bekämpfung des „Ultramontanismus" ist nun bis auf kleine Reste ausgetilgt, nachdem die Zweite Kammer einstimmig im Einvernehmen mit der Regierung die gesetzlichen Bestimmungen über die Heranbildung der Geistlichkeit und über ihre Zulassung zur Lehrtätigkeit aufgehoben.

**Für die Dummen.** Ein Leser sendet uns ein in Friedenau verbreitetes Flugblatt, das folgendermaßen beginnt:

Streng vertraulich! Als Handschrift gedruckt:

**Arbeiter und Genossen!**

**1500 Millionen Mark**

haben amerikanische, englische und russische Juden, wie sie mit frecher Offenheit sich in ihren Zeitungen rühmen, aufgebracht, um Deutsche gegen Deutsche, also Brüder gegen Brüder zu hetzen.

An diese schöne schwindelhafte Einleitung reiht sich Schwindel auf Schwindel. Und das ganze läuft auf eine Hetze gegen die deutschen Juden hinaus, wie sie zynischer seit Pückler-Zeiten nicht getrieben worden ist. Daß deutsche Arbeiter auf solches Machwerk hineinfallen, ist natürlich ausgeschlossen. Interessant wäre nur, festzustellen, wer das — bei den heutigen Papier- und Druckpreisen nicht unbeträchtliche — Geld für das anonyme Machwerk gespendet hat. (W. a. M.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180416-14/fragment/page=0002

# Aus der Partei.

## Die Wegnahme der Düsseldorfer „Volkszeitung".

Nunmehr berichtet die Bergische Arbeiterstimme über die schon bekannte Annektierung unseres bisherigen Düsseldorfer Parteiblattes folgende Einzelheiten: Unter Führung des berühmten Herrn Braun vom Vorstand der Abhängigen erschienen am Dienstag nachmittag 5 Uhr ein Berliner Rechtsanwalt, der Herr Müller von der Niederrheinischen Volksstimme in Duisburg (bekannt durch den Raub dieses Blattes), der vom Parteivorstand besoldete Revisor Schmidt, der Redakteur Gerlach, der Gerichtsvollzieher in den Geschäftsräumen des bisherigen Düsseldorfer Parteiblattes, um dieses für den Parteivorstand der Abhängigen zu beschlagnahmen.

Die Rechtslage ist folgende: Der frühere Parteivorstand der Gesamtpartei (Bebel, Singer, Auer usw.) gab vor vielen Jahren der Volkszeitung Darlehen in Höhe von 25 000 Mk. Diese Darlehen sind seit langer Zeit auf Heller und Pfennig zurückbezahlt. Das ganze Geschäft gehört restlos unseren Düsseldorfer Genossen. Um den Zusammenhang mit der Gesamtpartei auch äußerlich kenntlich zu machen, wurde Gerisch, der frühere Kassierer der Gesamtpartei, nach außen Firmenträger. Die kaufmännische bzw. rechtliche Form des Geschäfts war eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und sie hieß: Gerisch u. Ko., G. m. b. H.

Als der Parteivorstand der Abhängigen daran ging, diese äußere Rechtsform dazu zu benutzen, die innerstehenden Organisationen ihres Einflusses auf ihre Lokalblätter zu berauben, gingen die Düsseldorfer Genossen daran, die Rechtsform zu ändern und gründeten eine Volkszeitung G. m. b. H. Das war vor etwa anderthalb Jahren, also lange vor der Parteispaltung. Diese Aenderung erfolgte auf Beschluß der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Düsseldorf, also der wirklichen Besitzer des Geschäftes, und im Einvernehmen mit den Düsseldorfer Instanzen.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft, Genosse Pfeiffer, kam nun vor kurzem in Schutzhaft. Die Gesellschafter bestellten in rechtlicher Form vor dem Notar den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Erdmann zum neuen Geschäftsführer. Der Parteivorstand benutzte nun die Verhaftung des Genossen Pfeiffer, um seine formalen Rechte aus der früheren Gesellschaft, die im Handelsregister nicht gelöscht war, geltend zu machen, und unter der Behauptung, infolge Pfeiffers Verhaftung könnten Vermögenswerte weggeschafft oder verschleudert werden, eine einstweilige Verfügung zu erwirken, daß ihm, dem Vorstand der Abhängigen, das Geschäft zu überantworten sei. Diese Verfügung ist in Düsseldorf erlassen worden. Unter den Vermögenswerten verstand der Vorstand der Abhängigen natürlich die politische Haltung des Blattes. Er setzte den Herrn Paul Gerlach, der bisher Redakteur eines Konkurrenzblattes der Düsseldorfer Volkszeitung, als Chefredakteur des Blattes ein, das nun im Namen der Braun und Genossen redigiert wird.

Gegen diese einstweilige Verfügung ist natürlich sofort Widerspruch erhoben und mündliche Verhandlung beantragt worden. Der Rechtsanwalt unserer Genossen ist überzeugt, daß die einstweilige Verfügung nicht aufrechterhalten werden kann. Diese Auffassung ist nach normalem Rechtsempfinden richtig, doch wir sind von Illusionen gänzlich frei. Mehr in diesem Zusammenhang zu sagen, darauf können wir verzichten. Unsere Genossen sind gewitzigt.

•

Die Gewaltakte reißen immer noch nicht ab — und der Düsseldorfer dürfte wohl auch nicht der letzte gewesen sein. Es bestehen nur noch wenige tägliche Parteiblätter mit Redaktionen, die der Unabhängigen Sozialdemokratie treu sind. Sie erscheinen in Leipzig (Volkszeitung), Erfurt (Tribüne), Gera (Reuß. Tribüne), Gotha (Generalanzeiger), Zeitz (Volksbote), Nordhausen (Volkszeitung), Hof (Oberfränkische Volkszeitung), Solingen (Bergische Arbeiterstimme) und Halle (Volksblatt). Die Tagespresse der Reformsozialisten umfaßt etwa 80 Zeitungen.

# Gewerkschaftliches.

**Die Gewerkschaften für den Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten.** Die umstrittenste Frage auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist der von den Arbeitern und von Kriegsbeschädigten geforderte Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten. Sein Wesen besteht darin, daß sämtliche Unternehmer verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigte bei sich einzustellen. Hier prallen die Klassen- und Interessengegensätze scharf aufeinander. Die Unternehmer versichern zwar, daß sie die Kriegsbeschädigten wieder einstellen würden, aber sie wollen dies nur als freiwillige Leistung auf sich nehmen. Die Arbeiter und Kriegsbeschädigten betonen, daß solche Freiwilligkeit Fiasko erleiden würde und der gesetzliche Zwang hier die einzige wirksame Lösung sei. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat kürzlich mit knapper Mehrheit sich gegen den Einstellungszwang ausgesprochen. Wie das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften mitteilt, beruht dieses Abstimmungsergebnis lediglich auf dem Umstande, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen.

Die jüngste Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften hat sich nochmals mit der Sache befaßt und nach einem Referat Bauers über die Vorgänge im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge einmütig beschlossen auch fernerhin für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.

# Soziales.

## Die Tuberkulose im Kindesalter.

Die Optimisten waren sehr stolz darauf, daß dank der allgemeinen Verbesserung der sanitären Verhältnisse und des besonderen Kampfes gegen die Volksübergerin Tuberkulose die Sterblichkeit an dieser furchtbaren Krankheit immer mehr herabging. Von 50 bis 60 pro 10 000 Lebende in früheren Jahrzehnten war sie vor dem Kriege bis auf 17 bis 19 zurückgegangen, gewiß ein schöner Erfolg. Die Erfahrungen des Krieges habe uns diesen Erfolg mit etwas skeptischeren Augen betrachten gelehrt. Es hat sich nämlich gezeigt, daß mit der verminderten Widerstandsfähigkeit des Körpers infolge der schlechteren Ernährung sofort auch die Sterblichkeit an Tuberkulose wieder gestiegen ist.

Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß sich die Infektionen selbst tatsächlich kaum vermindert haben, daß immer noch der verhängnisvolle Kreislauf von den Eltern auf die Kinder und von diesen wieder auf ihre eigenen Kinder stattfindet. Wir waren nur vor dem Kriege körperlich besser befähigt, der Infektionen Herr zu werden. Ein wirklicher Kampf gegen die Volkskrankheit wird aber bestreht sein, die Ansteckungsquellen allmählich selbst auszuschalten.

Die Mehrzahl der Tuberkulose-Ansteckungen findet im Kindesalter statt und bildet dann, wenn die Krankheit nicht sofort akut geworden ist, als latente Tuberkulose die körperliche Disposition, auf der im Anschlusse an schwere Erkältungen oder schlechte Lebensweise das Leiden zum offenen Ausbruch kommt. Deshalb hat der Kampf gegen die Krankheit schon im Kindesalter einzusetzen. Medizinalrat Dr. Spatz (Fürth) hat die Insassen des christlichen Waisenhauses in Fürth auf Tuberkulose hin untersucht, und zwar sowohl klinisch (auf offene Anzeichen der Krankheit hin) als auch biologisch (durch Anwendung der Cutanreaktion, die jede einmal gehabte Infektion nachweist). Es zeigte sich, daß von 153 Kindern des Waisenhauses im Alter von 4 bis 14 Jahren, völlig frei von Tuberkulose nur 19 gleich 12,3 Prozent waren. Bei 136 oder 87,7 Prozent der Kinder war eine biologisch nachweisbare Tuberkulose vorhanden; mehr als die Hälfte dieser Kinder wies offene klinische Merkmale der Krankheit auf. Das ist ein geradezu niederschmetterndes Resultat, auch wenn man in Betracht zieht, daß unter diesen Kindern ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Abkömmlingen von Schwindsüchtigen war.

Ein anderer Arzt, Dr. Zisser schlägt angesichts der erschreckend hohen Erkrankungsziffern im Kindesalter vor, eigene Tuberkulose-Schulärzte, je einen auf 1200 Kinder, anzustellen, die alle Kinder unter ständiger Aufsicht halten, eine Maßnahme, die, wenn sie auch eine ziemlich starke finanzielle Belastung der Gemeinden darstellen würde, sich aber vielleicht doch als unumgänglich notwendig herausstellen wird, wenn wir der schrecklichen Krankheit wirklich Herr werden wollen.

# Krieg und Wirtschaft.

## Wenig Ware, doch viel Verdienst.

Der kaufmännische Grundsatz: großer Umsatz, kleiner Nutzen, hat keine Berechtigung mehr. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse jetzt so, daß mit der Ware, in der der Umsatz am geringsten ist, die größten Gewinne herausgeschlagen werden. Die Not der Verbraucher ist ein Segen für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeuger, wie auch für die Händler, soweit sie über Ware noch verfügen können. Die Erzeugung von Wollwaren z. B. ist gewiß nicht umfangreich; trotzdem werden Bombengeschäfte gemacht. Nur zur Hälfte konnte die Deutsche Wollwaren-Manufaktur A.-G. in Grünberg ihre Weberei und Appretur, sowie die Kunstwollfabrik aufrechterhalten, das hinderte sie jedoch nicht, bei starken Abschreibungen und Rückstellungen für das Jahr 1916 — fünfzehn Prozent Dividende zu verteilen und für das letzte Jahr außer der gleichen Ausschüttung auch noch einen Bonus von 30 Mark auf die Aktie.

An Petroleum ist auch kein Ueberfluß, aber die Petroleum-Gesellschaften erzielen Ueberfluß an Gewinnen. Die Deutsche Vacuum Oel A.-G. konnte nur zur Not eine vorübergehende Schließung der Fabriken vermeiden, der Notstand erlaubte es ihr jedoch, für die beiden letzten Jahre 25 Prozent Dividende an die Aktionäre zu zahlen.

Nach Gummi schaut man sich vergeblich die Augen aus, jedoch die Gummigewinne fließen reichlich. 26 Prozent Dividende schüttet die Hannoversche Gummiwerke A.-G. Exzelsior aus. Die Herren Aktionäre sind damit nicht zufrieden; sie verlangten ein etwas größeres Häppchen. Dafür sollten die nach ihrer Meinung allzu hohen Tantiemen für den Aufsichtsrat beschnitten werden. Die Verwaltung war anderer Ansicht; die Aufsichtsräte erhalten die hohen Tantiemen und die Aktionäre müssen sich mit der kleinen Dividende begnügen.

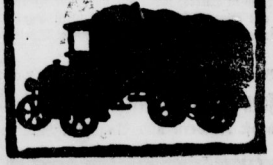
Die „Papierarbeiter" haben es zuweilen doch sehr hart.

# Allerlei.

**Ohne Arme und Beine 69 Jahre alt geworden.** Ohne Arme und Beine geboren und doch fast biblisch alt geworden ist die Gottlieba Benena Schröder, die am 8. April im Alter von 69 Jahren in Greiz starb. Unter kerngesunden Geschwistern kam sie 1849 zur Welt. Die Hoffnung, daß das unglückliche arm- und beinlose Wesen bald sterben würde, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil, es gedieh prächtig. Die Geschwister fuhren sie zur Schule, wo sie gut lernte, als sie 20 Jahre alt war, nahm sich ihrer ein Schausteller an, der sie in fast allen Erdteilen zur Schau stellte, so daß sie mehr von der Welt gesehen hat, wie Tausende ihrer gesunden Mitmenschen. Mit der Zeit erreichte sie eine derartige Geschicklichkeit, daß sie mit dem Munde schreiben, zeichnen, Nadeln einfädeln, Perlenstickereien anfertigen und vieles andere konnte. Auf ihren Schaustellungsreisen ist ihr Unternehmer ein reicher Mann geworden, doch auch sie, der vielbedauerte Krüppel, erwarb sich ein kleines Vermögen, so daß sie sorgenlos leben konnte. Nie ist sie trotz ihrer geringen Bewegungsfähigkeit ernstlich krank gewesen und stets war sie bei bester Laune und guter Dinge.

**Fünf Waggons Käse „verschoben".** Fünf Waggons für die Front bestimmte Edamer Käse wurden auf dem Bahnhof Weddau durch Tauschen von Frachtbriefen „verschoben". Der Käse wurde von der Schieberbande als Schmuggelware an Industriewerke verkauft, wo er von der Militärüberwachungsstelle zum Teil noch beschlagnahmt werden konnte. Mehrere der Täter wurden verhaftet.

**Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung kann die Zahlung vorzugsweise durch Hingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Die Vorschrift zur Bevorzugung der Kriegsanleihe gegenüber der Annahme baren Geldes erstreckt sich auf alles, was zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art. — Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage angerechnet und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagspreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche 5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterschied sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4½%igen auslosbaren Schatzanweisungen.**



**Willst Du also vorteilhaft kaufen, dann — zeichne Kriegsanleihe!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180416-14/fragment/page=0003

**Walhalla-Theater.** 8 Uhr. 200

Blatzheim-Gastspiel.

Neu! Heute, zum 4. Male: Neu!

# Die Meerjungfrau.

Schwank in 3 Akten von Bunz und Arnold Gola.

Kasse von 10—1½ und 4—6.

**Thaliasäle, Freitag, 19. April, 7½ Uhr:**

## Einmaliger Operetten-Abend

ausgeführt von

**Marg. Rössner,** Opernsängerin am Stadttheater, Leipzig.
**Oskar Wehle,** Opernsänger } Stadt-Theater Leipzig, Operette.
**Rudolf Haas,** erster Komiker }
**Paul Klanert,** am Klavier.

Zum Vortrag kommen u. a. Schlager aus den Operetten von Lehar, Strauss usw. *126

Karten zu 3.10, 2.10, 1.05 M. in der Hofmusikalienhandlung von **E. Hothan,** Gr. Ulrichstr. 38 (vorm. 9—1, nachm. 3—6 Uhr).

**Blüthner-Flügel von B. Döll.**

# Amtliche Bekanntmachungen.

**Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Mittwoch, den 17. April 1918.**

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 21 001—26 500 vorm. von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 26 501—35 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 16. April 1918. **Der Magistrat.**

**Freibank-Verkauf.**

Zum Freibank-Verkauf am 17. ds. Mts. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 8351—8450; um 8 Uhr Nr. 8451—8550; um 9 Uhr Nr. 8551—8700.

Halle, den 15. April 1918. **Der Magistrat.**

# Böhlert's Roßschlächterei. 205

**Glauchaerstraße 75.**

**Sonnabend vorm.: Nr. 3401–3800.**

Mein in **Friedrichsschwerz** gelegenes

## massives Haus,

vier Wohnungen, Stall, Scheune, ist bei 1500 Mark Anzahlung billig zu verkaufen. Näheres durch **Hüne, Boldersee** bei Wallwitz. *127

Meine 200

**Bügel-Krawatte**

„So sehr- bereitet Herrn der Steh-Kragen einfach!" jedem Vergnüg., Umlegerträgt!

1 Stck. nur 1 Mark.
3 Stck. nur 2.75 Mk.
Ersatz-Bügel 25 Pfg.

**Dauerwäsche-Verkauf**

**Kleiner Berlin 2, 1 Tr.**
(Ecke Sternstraße) rechts.

## Markttaschen

noch in gutem **Wachstuch** und **Leder,** 12 preiswert zu haben.

## Rucksäcke

in **Stoff** und **Papierstoff.**

**Max Löschke,**
**Alter Markt 3.**

1 groß. eleg. Musikw.-Symphonion mit 80 Platt., i. Durchmess. 63 cm, 1 Posten Gesellenkoffer, Soldatenkisten, Grammophonplatten, gute Federbetten verk. bill. **Hofmann,** Leipzigerstr. 27 am Turm. [*124

**Wieder neu eingetroffen:**

**Die Vögel der Erde.**
Mit 239 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln.
**Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

**Die Säugetiere der Erde.**
Mit 169 Abbildungen auf 30 Tafeln.
**Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

**Fische, Reptilien und Lurche.**
Mit 226 Abbildungen auf 30 Tafeln.
**Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

**Die Käfer Europas.**
Mit 465 Abbildungen auf 20 Tafeln.
**Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

Zu beziehen durch die
**Volks-Buchhandlung, Halle,**
Harz 42/44.

**Bildung und Krieg.**
Von **Dr. Max Adler.**
**Preis 40 Pfg.** Porto 3 Pfg.
Zu beziehen durch die
**Volksbuchhandlung,**
**Halle a. S., Harz 42/44.**

**Familien-Nachrichten.**

Am 13. April erhielt ich die tieftraurige Nachricht, daß mein heißgeliebter Mann, mein lieber Vater, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager u. Onkel, der Schriftsetzer

## Karl Kunze,

Landsturmmann in einem Infanterie-Regiment, am 28. März seiner schweren Verwundung im Alter von 39 Jahren infolge Bauchschusses erlegen ist. 201

In tiefem Schmerz:
**Hulda Kunze** geb. **Schulze,**
nebst Kind und allen Angehörigen.
Richard Wagnerstraße 37.

Es ist so schwer dies zu verstehen,
Daß wir dich nie soll'n wiedersehen!

Schneiden Sie Ihren Hut mit neuen echten Straussfedern

## „Brunhilde".

Der reizende einzige feine Damenhutstoff, Sommer u. Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*121

— Ich liefere unter Nachnahme — in schwarz und weiß.

Länge ca. 80 cm, Breite ca. 13 cm, zu 3.25
" " 32 " " " 15 " " 4.50
" " 46 " " " 17 " " 6.00

Zurücknahme nach 8tägiger Probe!

**Prucht-Katalog.** Größte Auswahl in Straussfedern, Straussfedern-Kränze und -Boa versende an jedermann umsonst.

Viele Anerkennungen hoher Herrschaften

**Ernst Lange,** Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

**Sämtliche Parteischriften** empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

# Neue Wasch-Stoffe

sind in grosser Auswahl eingetroffen.

| | | |
|---|---|---|
| **Schleierstoffe** hell gemustert . . . . . Meter 4.50 3.75 | | **3.50** |
| **Schleierstoffe** 120 cm breit, helle Muster . . . Meter 13.50 | | **10.50** |
| **Schleierstoffe** dunkel und mittelfarbig . . . . . 7.50 6.50 | | **5.75** |
| **Schleierstoffe** dunkelfarbig, 115 cm breit . . . Meter 12.75 | | **10.50** |
| **Voile** mit gestickten Tupfen, marineblau, hellblau, rosa, Meter | | **10.80** |

Preiswerte

## wollene Kleider-Stoffe.

| | | |
|---|---|---|
| **Kostümstoffe** schöne, haltbare Ware, 120 cm breit . . 28.50 | | **23.50** |
| **Kostümstoff** schwerer Diagonal-Cheviot in schwarz, marine und braun . . . . . | | **34.00** |
| **Reinwollene schwarz-weiss karierte Stoffe** . Meter | | **29.50** |
| **Schotten** für Kinderkleider und Blusen . . . . . Meter | | **27.50** |

211

Leipzigerstr. 94. **M. Schneider** Leipzigerstr. 94.

Inh.: Joh. Hagenow.

*Wer fehlt noch*

?

*Keiner darf fehlen,*

*wenn es gilt, der 8. Kriegsanleihe den Erfolg zu sichern. — Keiner braucht zu fehlen, denn geringe Barmittel genügen, um beträchtliche Summen zu zeichnen. — Durch die*

*Kriegsanleiheversicherung der „Iduna"*

*zu Halle werden die Ersparnisse künftiger Jahre für die Anleihe verfügbar gemacht. — Der Zeichner erreicht, ohne ärztliche Untersuchung, eine Versorgungsversicherung, die sofort wirksam ist und die Kriegsgefahr einschließt. — Auskünfte erteilen Vertreter und Direktion der*

*Iduna zu Halle.*

*108

**Ansichts-Postkarten** empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

**50 sort. Postkarten 1 Mk.**
50 Kriegskarten 1.50 M. Je 50 Blum.-, Kunst-, Liebes-, Kopf-, Landschafts- u. Pfingstk. 2.50, alle 400 St. zus 15 M. P. Wagenknecht Verl., Leipzig. [*128

**Geige zu kaufen gesucht.**
178 **A. May,** Torstr. 49.

**Apollo-Theater.** 206

Gastspiel Curt Otto's Operetten-Gesellschaft mit **Gustav Bertram** als Gast.

Heute, abends ½8 Uhr, Erstaufführung von

## Der verliebte Herzog

Operette in 3 Akten von G. Okonkowsky und H. Bochwitz.
Musik von Gilbert.

**Letzter Schlager des Theaters des Westens, Berlin!**

Gesangsschlager: Nepomuk, du kleiner Springinsfeld. — Lehn' dich fest in meinen Arm. — Mädel, Mädel, hoppla! — Märchen erblüha im benaubernden Glanz. — Lieber, kleiner Leutnant, du mein Herzensadjutant. — Sind kleine Kinder nicht artig, holt sie der schwarze Mann. — Heisse, schwarzes Mädel, führe mich zum Tanz. — Komm' mit in den Rosenhain.

Vorverkauf eine Woche voraus, täglich 9—1 und 5—½7 Uhr.

## Stadt-Theater Halle

Mittwoch, den 17. April 1918:

**Das Nachtlager in Granada.**

Romantische Oper in 2 Aufzügen von Konradin Kreutzer.

Donnerstag, den 12. April 1918:
**Tiefland.** 204

## Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

**Veranstaltungen**

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

**Halle (Saale).**

**Arbeiter-Sänger-Chor.**

**Freitag, den 19. April, pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark:**

**Singestunde.**

**Frauen- u. Mädchenchor.** Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

**Turnverein „Fichte"**

Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

**Touristen-Ver. „Naturfreunde."** Sonntag den 21. April: Tageswanderung in die Elterauen. Besichtigung des Bad es in Delitz a. Abfahrt: ½7 Uhr vom Riebeckplatz. Kosten: 0.40 M.

**Wie werde ich**

bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung

**versorgt?**

Ein **Merkbuch** für jeden **Krieger** bis zum Feldwebel aufwärts.

**Preis 50 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die
**Volksbuchhandlung,**
**Halle a. S., Harz 42/44.**

**Wohnungs-Anzeiger**

**Große Stube nebst Zubehör 1. Mai zu vermieten** 208
**Saalbera 25, I.**

Allen Freunden, Bekannten u. Vereinen für die uns bewiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer

**Silbernen Hochzeit**

besten Dank. 212

Halle (S.), den 16. April 1918.

**Gustav Mandel u. Frau.**
Harz 12 III.

Es ist so schwer, dies zu verstehen,
Daß wir dich nie soll'n wiedersehen.

Durch treue Kameradschaftshand erhielten wir heute die tieftraurige Nachricht, daß unser heißgeliebter ältester Sohn, Bruder, Neffe und Cousin,

## Fritz Steuer,

im jugendlichen Alter von 21¾ Jahren dem schrecklichen Völkerringen zum Opfer fiel.

Dies zeigen an
Die tiefgebeugten Eltern, Geschwister und alle Verwandten, 1 Bruder zurzeit noch im Felde.
Halle (S.), Beesenerstraße 6. 203

Ruhe sanft du lieber Fritz.

## Dank.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnis meines heißgeliebten, unvergeßlichen Mannes, unseres treusorgenden Vaters, sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank, auch Herrn Pastor Melzer für seine trostreichen Worte am Grabe.

Halle, Burgstraße 59. *207

**Frau Berta Katterfeld geb. Voß**
nebst Kindern und Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180416-14/fragment/page=0004

# Ums tägliche Brot.

## Vom Schleichhandel.

In Dortmund fand eine Konferenz statt, an der sich Arbeitervertreter aller Richtungen beteiligten, außerdem noch Reichstagsabgeordnete und städtische Vertreter. Von den Behörden waren Unterstaatssekretär Dr. Aug. Müller, sowie Bürgermeister Dr. Röttgen aus dem Reichsernährungsamt erschienen. Über die Verhandlungen wird berichtet:

Unterstaatssekretär Dr. Müller hielt einen einleitenden ausführlichen Vortrag, in dem er zunächst den Stand unserer Lebensmittelversorgung beleuchtete und zu dem Schluß kam, daß trotz der Lebensmittelknappheit eine Herabsetzung der Rationen für die großstädtische Bevölkerung und die Industriearbeiter hoffentlich vermieden werden könne. Dann ging er zum Schleichhandel über, den auszurotten ein Ding der Unmöglichkeit sei, weil man nicht neben jeden Bauern einen Gendarmen hinstellen könne. Als eine besonders große Gefahr für die Allgemeinheit bezeichnete Dr. Müller den riesigen Schleichhandel der industriellen Werke, der aufhören müsse. Es gehen sei, daß die Werksverwaltungen im Interesse ihrer Arbeiter und damit auch im Interesse der Industrie gehandelt hätten. Doch seien die Arbeiter vieler kleinerer und unbedeutender Werke leer ausgegangen. Bei dem Abbau des Schleichhandels der Werke sei eine Benachteiligung der industriellen Rüstungsarbeiter nicht beabsichtigt; die auf illegalem Wege erfolgte Ueberlieferung dieser Arbeiter solle im legalen Wege gelenkt werden, und zwar durch neugeschaffene Industrie-Versorgungszentralen, denen bestimmte Mengen Nahrungsmittel für die industriellen und Rüstungsarbeiter zur Verfügung gestellt würden. Dabei solle ein gerechter Ausgleich zwischen den Arbeitern, die bisher reichlich, und denen, die von den Werken nicht beliefert worden seien, geschaffen werden. Es sich werde dann mancher Arbeiter weniger erhalten als bisher. Im übrigen warnte Dr. Müller vor übertriebenen Hoffnungen auf die Zufuhr aus der Ukraine. Das beste sei, daß wir mit der heimischen Lebensmittelerzeugung, um die sich die Landwirtschaft zweifellos große Verdienste erworben habe, abfinden.

An der sich anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Arbeitervertretern darauf hingewiesen, daß die Hauptnutznießer des Schleichhandels der industriellen Werke die Beamten der Werke und zahlungsfähige Bürger gewesen seien. Mit der Beseitigung des Schleichhandels müßten auch die Schleichhandelspreise in Wegfall kommen. Große Werke, namentlich die Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges., hätten den Schleichhandel betrieben, um die Mitglieder des sog. Werkvereins zu bestechen. Gefordert wurde das Verhalten der Unternehmer, Beseitigung des Schleichhandels agitatorisch gegen die Unternehmervertreter auszubeuten. Der Abg. Sachse betonte, daß das Reichsernährungsamt in manchen Dingen versagt habe. Die Produktion müsse besser erfaßt, die Kontrolle schärfer ausgebaut werden. Die Verbraucher müßten vor Verunreinigung geschützt werden. Der preußische Ernährungskommissar Peters erklärte, daß es unmöglich sei, gesetzlich festzulegen, daß jeder auf gesetzlichem Wege erhalte, was er bisher auf Schleichwegen bekommen habe. Künftig würden nach einem einheitlichen Schlüssel den Industrieversorgungsstellen die Nahrungsmittelmengen zur Verfügung gestellt, deren Verteilung dann unter Mitwirkung der kommunalen Behörden und der Arbeitervertreter erfolgen solle. Der Ernährungskommissar bat dann offenherzig: „Gewissermaßen unmoralisch sind wir alle. Ehe einer mit seinen Kindern hungert, läßt er fünf sein. In Deutschland gähe es wohl keinen Menschen, der noch nichts auf verbotenem Wege erworben habe, von den Leuten da oben in Berlin bis herunter zu den Arbeitern."

**Direkte Gasbereitung aus Holz.** Aus Schweden wird berichtet: Infolge Kohlenmangels wurden seit dem letzten Jahr in den Stockholmer Gaswerken Versuche angestellt, Gas aus Holz herzustellen. Die Versuche sind nun abgeschlossen. Das Produkt ist so gut, daß Schweden nunmehr von der Kohlenzufuhr für die Gasherstellung unabhängig ist.

**Beschlagnahme der Fleischration in Sachsen.** Die sächsische Landesfleischstelle hat an alle Kommunalverbände die Anordnung erlassen, für zwei Wochen nicht mehr als 150 Gramm Frischfleisch oder Schließlich Wurst zur Verteilung zu bringen.

**Wie die Tabakbauern verdienen.** Für die heutigen Tabakfabrikate gilt das Motto „Teuer und schlecht". Die schlechte Qualität erklärt sich leicht: es fehlt an den guten Importen. Warum aber ist die schlechte Ware so unverschämt teuer? Nun, von den Eichsfelder Tabakbauern wird berichtet, daß sie, die vor wenigen Jahren für den Zentner 16 bis 18 Mark lösten, jetzt zu 62,50 Mark verkauft haben. Preisaufschlag: rund 500 Prozent! Dabei sind die Produktionskosten nur unwesentlich gestiegen. Die Produzenten häufen Kriegsgewinn auf Kriegsgewinn, die Konsumenten müssen's bezahlen.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. April 1918.

## Eine Mitgliederversammlung der Partei

wird am Donnerstag, den 18. April, im Volkspark stattfinden. Die polizeiliche Genehmigung dazu ist bereits erteilt worden. Es ist einige Zeit her, seit die letzte Zusammenkunft der U. S. P. stattfinden konnte; mancherlei hat sich nicht nur auf dem Gebiete der Kriegspolitik, sondern auch im Hallenschen Parteileben ereignet, das der Besprechung durch die Parteimitglieder dringend bedarf. Vor allem gilt es, um das Volksblatt besorgt zu sein, an dessen Geschick jo auch die Arbeiterschaft, wie früher, so auch jetzt, sicherlich lebhaften Anteil nimmt. Vor allem auch die Genossinnen, deren Interessen in dieser für sie besonders schweren Zeit unser Blatt besonders gern vertreten hat.

Die Versammlung muß also stark besucht werden; jedes Parteimitglied und jede Genossin werbe für die Teilnahme.

## Städtischer Voranschlag einschließlich Schankkonzessionssteuer genehmigt!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung die Etatsberatungen zu Ende geführt. In ganz kurzer Zeit wurde die vorliegende Tagesordnung erledigt; lediglich um die in der letzten Sitzung von einer knappen Mehrheit gestrichene Schankkonzessionssteuer gab es eine kleine Auseinandersetzung, da der Magistrat jenem Beschlusse nicht beigetreten war, also die Weitererhebung der Steuer beantragte. Es kam, wie man es nach dem am Sonnabend mitgeteilten, Kriegsteilnehmern des Gastwirtsgewerbes Erleichterungen bringenden Entschlusses des Magistrats voraussehen konnte: die mal fand sich für die Verwaltung eine Mehrheit.

Wir wollen im Bericht die Erörterungen über die Schankkonzessionssteuer vorweg nehmen.

Stadtv. Manschewski gab zu, daß die Notlage des Gastwirtestandes während des Krieges groß sei. Trotzdem sei der Magistrat dem Beschlusse der vorigen Sitzung nicht beigetreten. Für ihn war der Finanzstandpunkt bestimmend; er glaubt, daß die Steuer gerade für die Zeit nach dem Kriege größeren Ertrag verspricht, und die offenkundigen Härten gegen Kriegsteilnehmer seien ja durch den Magistratsbeschluß beseitigt.

Stadtv. Hoë begrüßte die Vereinfachungen; man hätte sie auch auf Fälle ausdehnen können, in denen ein Kriegsteilnehmer fällt, seine Wirtschaft aber von den Hinterbliebenen weiter betrieben wird. Auch in diesem Falle wäre die nochmalige Steuererhebung eine große Härte.

Stadtv. Käppel: Er müsse der Auffassung widersprechen, als ob der Gastwirtestand ein wirtschaftlich bevorzugter Stand sei. Davon könne keine Rede sein, weil immer während neue Konzessionen erteilt würden, oft selbst in solchen Fällen, wo ein Bedürfnis und Sicherheit für den Bestand des Unternehmens gar nicht gegeben war, z. B. im Falle des Polizeiamts. Auch unter der großen Zahl der Flaschenbierhandlungen leide der Wirtestand, und diese blieben vor einer Konzessionssteuer frei. Deshalb sollte die Versammlung ihren Beschluß auf Beseitigung der Steuer bestehen lassen.

Genosse Emmer: Die Begründungen, die man der Sondersteuer für das Wirtsgewerbe neuerdings gegeben hatte, lesen sich sehr schön, trotzdem seien sie für den Kenner ohne Wert. Die Tatsache sei jedenfalls nicht aus der Welt zu schaffen, daß hier nur ein Stand betroffen wurde, der das vierte Mal zahlen muß, wenn die anderen Gewerbe mit dreimaliger Besteuerung (Einkommen-, Betriebs- und Gewerbesteuer — erledigt sind. Die Schankkonzessionssteuer verträgt sich absolut nicht mit der im Reiche bestehenden Gewerbefreiheit, und deshalb bleibt nichts weiter übrig, als dem Beschlusse vom letzten Montag treu zu bleiben.

Bürgermeister Seydel: Seit Einführung der Steuer haben sich die Betriebe um mehrere hundert vermindert; daraus geht die Wirkung der Steuer als Schutzsteuer des Wirtsstandes hervor. Aber das Entscheidende für den Magistrat ist das Finanzielle, denn später muß der Staat die Personalsteuern viel stärker als bisher für seinen Bedarf heranziehen, und die Städte sind in steigendem Maße auf indirekte Steuern angewiesen.

Der Oberbürgermeister: Formell möchte er bemerken, daß die Steuer noch solange erhoben würde, als das Ortsstatut besteht; das müßte erst beseitigt werden, wolle man die Steuer ganz los sein. In Halle hatten wir früher viel zu viel Schankstätten; 1908 kam eine auf weniger als 170 Seelen. Seit Einführung der Konzessionssteuer hat sich dieser unerträgliche Zustand erheblich verbessert. 1908 bestanden 1011 Schankstätten, 1909: 957, 1910: 940, 1911: 916, 1912: 895, 1913: 875, 1914: 876, 1915: 865, 1916: 818, 1917: 796. Ueber diese Verminderung, deren rapides Tempo in den letzten Jahren durch den Kriegszustand mit veranlaßt worden sei, müßte sich der Gastwirtestand freuen. Konzessionen wurden erteilt 1907: 371, 1908: 204, 1909: 129, 1910: 163, 1911: 139, 1912: 146, 1913: 153, 1914: 15, 1915: 50, in den letzten zwei Jahren noch weniger. Es stehe fest, daß der Konzessionszwang und die Steuer das Wirtsgewerbe schütze vor dem Eindringen unlauterer Elemente und die Verhinderung ungesunder Zustände, wie sie z. B. vor der Steuer bestanden hätten, sei auch eine Folge der Verhinderung von Polizeivermehrung.

Genosse Emmer: Selbstverständlich müßte, wenn der Beschluß auf Aufhebung bestehen bleibt, der Versuch gemacht werden, auch die gesetzliche Vorschrift zu beseitigen; die Worte des Oberbürgermeisters trotz den „lauteren Elementen" waren nicht am Platze. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Normalkellner meist der schlechteste Wirt sei, daß dagegen aber ehemalige Hausknechte die tüchtigsten Hoteliers abgeben und ehemalige Brauer die besten Wirte. (Heiterkeit)

Der Antrag des Magistrats und des Haushaltsausschusses:

> daß von den Kriegsteilnehmern, die ihre Gastwirtschaft aufgeben mußten, nicht zum zweitenmal Steuer erhoben wird, wenn sie während des ersten Jahres nach Entlassung aus dem Heer eine neue Konzession nachsuchen,

wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit verbleibt die schon jo oft verworfene Schankkonzessionssteuer wieder im Voranschlag. Wiederum Stadtverordnete ihrem Beschlusse der letzten Sitzung treu bleiben wollten, war nicht festzustellen, weil der Versucher die Gegenprobe bei der Abstimmung gar nicht machen ließ.

Nunmehr wurde auch über den Gesamtvoranschlag abgestimmt, der fand selbstverständlich gleichfalls Annahme

*

Als unbesoldeter Stadtrat wurde Herr Gygas, dessen Periode abgelaufen war, wieder gewählt. Ohne Debatte zugestimmt wurde den Magistratsvorlagen auf Entschädigung von Landaustausch an der Brachwitzer Straße (Fall Hille); auf Versicherung der Geldbestände in den städtischen Kassen und Dienststellen gegen Einbruchsdiebstahl und der städtischen Erheber gegen Beraubung und auf Annahme der jüdischen Stiftung vom Bauunternehmer Lingeleben, 100 000 Mark zum Grundstückskauf für die Errichtung einer Gemäldegalerie.

Zur Vorlage auf Herabsetzung der Badepreise für Kinder sprach Genosse Henning. Er empfahl sie zur Annahme unter Hinweis darauf, daß man solche Maßnahmen begrüßen müsse, die geeignet seien, die Jugend zeitig zur geregelte Körperpflege zu erziehen. Trotzdem konnte es sich

# Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman von W. W. Jacobs.

### Zweites Kapitel.

In weniger als einer Woche hatte Kapitän Boldt sich in sein neues Kommando eingelebt. Eine ganze Reihe von Regeln und Vorschriften, nach denen Herr Joseph Wöbke sein Haus eingerichten hatte, waren eingeprägt und hingen in der Kajüte. Er studierte sie mit großer Sorgfalt, und ängstlich bemüht, nur ja jede Möglichkeit eines Irrtums ausgeschlossen sei, äußerte er in drei Fällen Zweifel hinsichtlich der Schreibung. Des Kapitäns Erklärung, daß er diese Worte mit der Art der Deutschen in Amerika geschrieben habe, war ein Wahrheitswidrige Herabsetzung einer großen und befreundeten Nation.

Die Kirchenstraße war zuerst geneigt, Herrn Wöbke über Wechsel anzusehen. Altmodische Matronen standen dabei, sahen ihm zu, wie er die Türschwelle scheuerte und zogen sich erstaunt über das leuchtende Weiß derselben, besiegt zu.

Es ging das Gerücht, daß er ein großer Freund von Bier sei, und böse Zungen behaupteten, er habe gewetzt, er nicht auch die Wäsche besorgen ist.

Der Kapitän setzte diesen zufriedenstellenden Zustand der Dinge auf Rechnung der Regeln und Vorschriften, obwohl eine kleine Unbesonnenheit des Herrn Wöbke, die das aus Mahnennehmen des Dokuments und Hinzufügen einer weiteren Vorschrift nötig machte, ihm einigen Kummer bereitete.

Die erste Andeutung, die er davon empfing, war ein Klopfen an der Haustür, als er eines Nachmittags schlummernd in seinem Lehnstuhle saß. Auf sein erschrockenes „Herein!" öffnete sich die Tür, und ein kleiner Mann platzte in einem Zustande höchster Aufregung ins Zimmer und trat ihn zu.

„Mein Name ist Grot," sagte er atemlos.

„Ein Freund von Herrn Hagedorn?" entgegnete der Kapitän.

„Ich habe schon von Ihnen gehört, Herr Grot."

Der Besuch gab keine Acht darauf.

„Meine Frau wünscht zu wissen, ob sie sich jeden Nachmittag für den Rest ihres Lebens im Dunkeln ankleiden muß," sagte er in wütendem, aber zitterndem Tone.

„Im Dunkeln ankleiden muß?" wiederholte der erstaunte Kapitän.

„Mit dem Rouleau 'runter," erklärte der andere.

Der Kapitän Boldt blickte ihn von oben bis unten an. Er sah einen Mann von ungefähr fünfzig vor sich, der nervös an einem kleinen roten Bartbüschelchen, die an den Seiten seines Gesichtes wuchsen, mit den Fingern herumfuhr und sich bemühte, die Aufregung seines zitternden Mundes zu dämpfen.

„Sie würde Ihnen selbst das gefallen?" fragte der Besucher, dessen Benehmen nach und nach sanfter und sanfter wurde. „Wie würde Ihnen das gefallen, wenn ein Fernrohr, eine Elle lang —"

Er brach plötzlich ab, als der Kapitän mit einem unterdrückten Fluche aus seinem Stuhl aufsprang und in den Garten stürzte, wo er mit seiner Faust nach dem Ausguck am Ende des Gartens drohte.

„Joseph!" brüllte er.

„Ja, Käppen," sagte Herr Wöbke, das von Herrn Grot beschriebene Fernrohr vom Auge absetzend und sich überbeugend. „Was machst du da mit dem Fernglas?" fragte sein Herr, dem Besucher winkend, näher zu treten. „Wie kannst du es wagen, in anderer Leute Fenster zu gaffen?"

„Hab' ich gar nicht getan, Käppen," antwortete Herr Wöbke in beleidigtem Tone. „Ich würd' nie an so was denken — ich brächte es gar nicht fertig, selbst wenn ich's versuchte."

„Sie hatten es gerade auf mein Schlafzimmerfenster gerichtet," rief Herr Grot, der den Kapitän den Garten hinab begleitet hatte. „Und es ist nicht das erste Mal."

„Das hab' ich nicht getan, Käppen," sagte der Steward, sich an seinen Herrn wendend. „Ich hab' die Schwalben unter der Dachrinne beobachtet."

„Sie haben es auf mein Fenster gerichtet," beharrte der Besucher.

„Da sind gerade die Nester," sagte Herr Wöbke, „aber ich habe nicht zum Fenster 'reingeguckt. Außerdem hab' ich gemerkt, daß Sie immer das Rouleau 'runterlassen, wenn Sie mich gucken sehen, und so dachte ich, es macht nichts."

„Wir können nichts tun, ohne von diesem Fernrohr verfolgt zu werden," wandte sich Herr Grot an den Kapitän. „Meine Frau hat unser Haus mit Absicht da, wo es steht, bauen lassen, damit wir nicht beobachtet werden könnten. Wir rechneten natürlich nicht damit, daß ein Ding, wie dies hier, in einem Hintergarten aufschießen würde."

„Es tut mir sehr leid," sagte der Kapitän, „ich wollte, Sie hätten mir eher etwas davon gesagt. Wenn ich dich noch mal da oben abtasse," rief er, Herrn Wöbke mit seiner Faust drohend, „dann sollst du daran denken. Komm 'runter!"

Herr Wöbke, das Glas unter seinem Arm, kam langsam und widerwillig die Stricleiter herab.

„Ich hab' nicht zum Fenster 'reingeguckt, Herr Grot," sagte er ernsthaft. „Ich beobachtete die Vögel. Natürlich konnt ich's nicht vermeiden, dabei 'n bißchen hinein zu sehen, aber ich schob das Fernglas sofort weiter, wenn da irgend etwas war, wovon ich dachte, ich sollt's lieber nicht —"

„Genug davon," unterbrach ihn der Kapitän hastig. „Geh 'rein und mach' den Tee fertig. Wenn ich dich auch nur mal nach dem Glas hinschielen sehe, dann trennen wir uns, mein Junge, das merk' dir."

„Ich glaube nicht, daß er es böse meinte," sagte der besänftigte Herr Grot, nachdem der gekniffte Joseph ins Haus gegangen war. „Ich hoffe, ich habe nicht zu viel davon gemacht, aber meine Frau bestand darauf, ich soll herumgehen und mal darüber sprechen."

„Sie haben sehr recht getan," versetzte der Kapitän, „und ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich hatte ihm gesagt, er könne ab und zu da hinaufgehen, aber ich hatte ihn ganz besonders davor gewarnt, die Nachbarn in irgend einer Weise zu belästigen."

„Das ist wohl," meinte Herr Grot, der das Gerüst voll Interesse betrachtete, „da ist wohl eine schöne Aussicht von da oben? Es ist gerade, als ob man ein Schiff im Garten hätte, und es scheint einen an den Nordpol und Walfische und das Nordlicht zu erinnern."

Fünf Minuten später sah Herr Wöbke, als er durch das Fensterfenster guckte, zu seinem Erstaunen, wie Herr Grot mit äußerster Vorsicht zu dem Ausguck emporstieg. Sein hoher Hut war fromm über seine Stirn gezogen und das Fernrohr fest unter seinem rechten Arm geklemmt. Die Reise wurde augenscheinlich von dem Kletterer als höchst gefährlich betrachtet; aber er setzte tapfer seinen Weg fort und richtete, als er oben angekommen war, ein zitterndes Fernrohr gegen den Horizont.

Herr Wöbke holte tief Atem und machte sich wieder an seine Arbeit. Er deckte den Tisch und bereitete, als das Wasser kochte den Tee, um dann in den Garten zu gehen und Meldung zu machen. Herr Grot war noch oben und selbst in dieser Höhe war die Blässe seines Gesichtes deutlich erkennbar. Es war für die beiden unten Stehenden klar, daß die Schrecken des Abstieges zu viel für ihn waren, daß er aber zu stolz war, dies zu sagen.

„Schöne Aussicht da oben," schrie der Kapitän.

„W—u—wunderbar!" rief Herr Grot, mit einem schwachen Versuche, begeistert zu erscheinen.

Der Kapitän spazierte ungeduldig auf und ab; sein Tee wurde kalt, aber die verlorene Gestalt da oben gab kein Zeichen. Der Kapitän wartete ein wenig länger, erstieg dann die Stricle und stieg langsam hinan, bis sein Kopf über der Plattform war.

„Soll ich Ihnen das Glas abnehmen?" fragte er.

Herr Grot faßte den Rand der Tonne, beugte sich über und reichte es ihm hinab.

„Mein — mein Fuß ist eingeschlafen" stammelte er.

„Jo! Na, du müssen Sie aber vorsichtig sein beim Abstieg," sagte der Kapitän, auf die Plattform kletternd. „Jetzt langsam."

Er stellte das Fernglas wieder in die Tonne, winkte Herrn Wöbke heraufzusteigen, packte dann Herrn Grot mit festem Griff und ließ ihn hinab, bis er imstande war, Herrn Wöbkes Gesicht mit seinem Fuße zu erreichen. Danach war der Abstieg leicht und Herr Grot verbrachte, als er wieder auf festem Boden stand, zwei oder drei Minuten mit Klopfen und Reiben und anderen Heilmitteln, die für eingeschlafene Füße verschrieben zu werden pflegen.

„Es gibt wenige Herren, die überhaupt heruntergekommen wären, mit eingeschlafenem Fuße," bemerkte Herr Wöbke und trette ein Marktstück ein, als der Kapitän den Rücken gewandt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180416-14/fragment/page=0005

der Stadtv. Günther nicht verkneifen, dagegen zu sprechen. Er meinte, die Benutzung des Stadtbades sei sowieso im Steigen trotz der beschlossenen Preiserhöhung für Erwachsene, denn im Januar wären 6000, im Februar 8000 und im März 11 000 Badekarten verausgabt worden. Und man dürfe doch auch nicht aus dem Auge lassen, daß die Stadt bestes Trinkwasser zum Baden gebe (Heiterkeit.) Namens des Magistrats entgegnete Stadtrat Cygas Herrn Günther, das Stadtbad habe die Stadt nicht in erster Linie zum Gelderwerb erbaut, sondern um die Gesundheit des kommenden Geschlechts zu sichern. Dem Beschlusse wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit beigetreten. Auch hierbei hätte die Gegenabstimmung vorgenommen werden sollen; Herr Günther hätte mit seiner rückständigen, überskalischen Ansicht einmal allein stehen können.

Den Ertrag der Warenhaussteuer, der sich mit Schluß des Rechnungsjahres 1917 auf 34 750,71 Mk. beläuft, beantragt der Magistrat in der Weise zu verwenden, daß den für das Rechnungsjahr 1918 zu 4, 8 und 12 Mark staatlicher Gewerbesteuer veranlagten Steuerpflichtigen die volle Jahressteuer erlassen wird. Dazu werden 22 809 Mk. gebraucht, so daß also ein Reinbetrag von 11 941,71 Mk. zugunsten der Stadtkasse verbleibt. Die Versammlung stimmt zu, ebenso dem Vertrage mit dem Hallischen Kohlenwerk auf pachtweise Ueberlassung von 1000 Quadratmeter Hospitalackers am Mösslicher Weg.

Beim Punkt Landaustausch in Kröllwitz meint der Referent, Stadtv. Bolle, die Papierfabrik, die aus den Abmachungen wieder einigen Vorteil habe, möchte nun auch endlich einmal Entgegenkommen zeigen gegenüber dem Verlangen auf Beseitigung der unangenehmen Gerüche. Dieser Wunsch wird Wunsch bleiben, solange der Papierfabrik gegenüber nicht andere wirklich wirksame Mittel angewendet werden. Diese Kröllwitzer „Friedensware" wird den Weltkrieg überdauern!

### Anforderungen bei der Demobilmachung.

Der Magistrat teilt mit:

Bei der Demobilmachung haben die an der bevorzugten Entlassung bestimmter Heeresangehöriger interessierten Kreise diese Personen namentlich anzufordern. Kommt es den Interessenten (Arbeitgebern jedoch nicht auf die bevorzugte Entlassung namentlich genannter Persönlichkeiten, sondern nur auf Vertreter eines bestimmten Berufes (Facharbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und dergl.) an, so sind diese zahlenmäßig anzufordern.

In Frage kommen für die namentlichen Anforderungen als Interessenten:

1. Die vorgesetzten Dienststellen für ihre Beamten,
2. Industrie-, Handels-, Handwerks- und landwirtschaftliche Betriebe, Reedereien, die Preise usw. für ihre Angestellten und Arbeiter,
3. die Eltern bzw. gesetzlichen Vertreter für Studierende, Schüler höherer Lehranstalten und Seminaristen,
4. die Stadt- und Gemeindebehörden für alle wirtschaftlich Selbständigen (entweder auf eigenen Antrag der Angehörigen derselben oder auf Grund eigener Kenntnis der genannten behördlichen Stellen).

Sowohl für die namentlichen wie auch für die zahlenmäßigen Anforderungen sind Karten nach einheitlichem Muster für das ganze Reichsgebiet vorgesehen, und zwar in gelber Farbe für die namentlichen und in roter Farbe für die zahlenmäßigen Anforderungen.

Für jede namentliche Anforderung ist eine besondere Karte auszufüllen. Bei den zahlenmäßigen Anforderungen können durch eine Karte beliebig viele Personen angefordert werden.

Die Anzahl der gewünschten Karten ist bis zum 18. April d. J. dem Zentralbureau des Magistrats mitzuteilen.

---

* **Unentgeltlicher Rat für Kriegshinterbliebene.** Der Magistrat schreibt uns: Die Kriegerwitwen und sonstigen Hinterbliebenen der im jetzigen Feldzuge Gefallenen, welche Ansprüche auf Versorgungs- oder Unterstützungsgebührnisse zu haben glauben, reichen häufig Gesuche ein, die gegen Entgelt Privatpersonen angefertigt haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene, Kleine Steinstraße 8, Zimmer 28 bis 30, unentgeltlich Rat in allen Angelegenheiten erteilt und auch die Anfertigung von Gesuchen übernimmt. — Zu den gleichen kostenlosen Diensten sind auch die Sekretariate der Arbeiterschaft, vornehmlich das Arbeitersekretariat, bereit.

* **Stärke- und Bilderschwindel. Keine Stärkenot mehr!** Neu erfundenes Stärkemittel! Erfest vollständig Reisstärke! Unter dieser Ueberschrift kündigte eine angebliche Fachlehrerin Hedrich aus Berlin in der Presse Vorträge an, in denen sie angeblich das Stärken und Plätten mit dem Ersatzmittel vorführen wollte. Es stellte sich heraus, daß das mit Pflanzenleim bezeichnete Ersatzmittel Kartoffelkleister ist, der beschlagnahmt und daher für das Publikum kaum noch erhältlich ist. In den von der Hedrich bei den Vorträgen gebügelten Kragen, die genügend steif und gut geglänzt waren, wurden bei der chemischen Untersuchung erhebliche Mengen Reisstärke, doch keine Spuren des angepriesenen Ersatzmittels gefunden. Letzteres wurde bei den Vorführungen nur scheinbar benutzt. Die Zuhörer — es erschienen in einer Versammlung in Bochum allein an 800 Frauen — waren somit durch die Vorspiegelungen der Hedrich in Ankündigung und Vortrag um das Eintrittsgeld — 50 Pf. die Person — betrogen worden. Es ist anzunehmen, daß der Schwindel auch in anderen Orten ausgeführt wird. Einschlägige Wahrnehmungen wolle man sofort der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck mitteilen. — Bei derselben Stelle wird Beschwerde darüber geführt, daß sich die Bilderreisenden in letzter Zeit wieder in besonderem Maße unliebsam bemerkbar machen. Die Reisenden spiegeln vor, für 2 Mark werde eine gute Photovergrößerung geliefert. Nachher stellt sich heraus, daß es sich bei dem gelieferten Bilde lediglich um eine Fotovergrößerung handelt, die als solche völlig unbrauchbar ist und erst durch eine weitere Ausmalung einen Wert erhält. Diese weitere Ausmalung kostet aber nochmals 20 Mk. und mehr. Darüber werden aber die Besteller im voraus nicht genügend aufgeklärt. Geschädigte werden ersucht, sich mit ihren Beschwerden sofort an die genannte Zentralstelle zu wenden, die in ihrem Interesse dann das Weitere veranlassen wird.

* **Neuer Bebauungsplan.** Die Stadtverwaltung hat den neuen Bebauungsplan für das von der Ludwig-, Wörmlitzer- und Röpziger Straße umschlossene Gelände sowie für Teile der Zwingli-, Seckendorf-, Wörmlitzer und Röpziger Straße förmlich festgestellt, da Einwendungen gegen ihn nicht erhoben worden sind. Der Plan liegt im Magistratsbureau I (Wagegebäude, Zimmer 23) zu jedermanns Einsicht aus.

* **Das Schwurgericht verhandelte gegen den Gärtner Hermann Schlemenz, zuletzt in Kottbus.** Die Anklage lautet auf Verleitung zum Meineide und auf Meineid. Die Geschworenen erkannten auf schuldig; das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von drei Jahren drei Monaten Zuchthaus und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Zwei Monate der Untersuchungshaft werden als verbüßt in Anrechnung gebracht. Der Verurteilte erklärte, die Strafe annehmen zu wollen.

* **Der neugegründete Bauverein Gartenstadt Halle, eingetragene Genossenschaft m. b. H.,** hat, wie uns die Leitung mitteilt, durch zahlreiche Beitrittserklärungen erfreuliche Fortschritte gemacht, und besonders eine gute finanzielle Grundlage durch größere Anteilzeichnungen aus Arbeiterkreisen erhalten. Die Verhandlungen wegen endgültiger Bereitstellung des Baugeländes westlich der Merseburger Straße zwischen Artilleriekaserne und Hirsches Hof laufen, sind im Gange. Es empfiehlt sich für alle, welche sich fort eine Wohnung sichern möchten, sich recht bald zur Mitgliederliste der Genossenschaft anzumelden. Bedingung ist die Zahlung eines Eintrittsgeldes von 5 Mk. und die Zeichnung eines Anteils von 200 Mk., welche in wöchentlichen Raten von 50 Pf. entrichtet werden können. Anmeldungen werden in der Geschäftsstelle, Turmstraße 94 bis 96 — Fabrik Weise Söhne — oder von den einzelnen Vorstandsmitgliedern: Fabrikbesitzer Ingenieur F. Weise, Turmstraße Nr. 94 bis 96, Reservelazarettmeister a. D. Julius Kalsmeier, Magdeburger Straße 49, III, Abteilungsvorsteher P. Thiem, Waschscheiderstraße 65, II, entgegengenommen. Sobald die im Gange befindlichen Vorarbeiten zum Abschluß gekommen sind, wird durch Rundschreiben und in einer Mitgliederversammlung weiteres bekanntgegeben.

* **Eine Uraufführung im Stadttheater.** Die Leitung des Stadttheaters teilt mit: Das Stadttheater bereitet zurzeit die Uraufführung einer dieraktigen Oper von August Enns vor. Das eigenartige Werk, das den Titel Gloria Arsena führt, ist inhaltlich eine Ergänzung zu Hoffmanns Erzählungen. Hoffmann ist die Hauptfigur des Werkes. Auch die anderen, aus Hoffmanns Erzählungen bekannten Figuren Antonia, Mirakel der in dem Werk des dänischen Komponisten als Dr. Alterego auftritt, sind übernommen. Zurzeit beherrscht das Werk den Spielplan des königl. Theaters in Kopenhagen. — Heute, Dienstag, den 16. April, wird Strindbergs Totentanz zum ersten Male wiederholt. Mittwoch, den 17. April, Nachlager in Granada. Donnerstag, den 18. April, Tiefland. Freitag, den 19. April, zum ersten Male, Gannele von Gerhart Hauptmann. Spielleitung Max Monato. Die Titelrolle wird von Irma Grawi dargestellt, den Gottwald spielt Karl Jüstin, in den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Biedermann, Debide, Hartmann, Dr. Durand, Troeger, Seeden, Michael, die Herren Förster, Kühn, Tensicher, Krüwat, Pahl, Friedrich, Eckhardt.

* **Am städtischen Eierverkauf sind am Mittwoch die Nummern 21 001 bis 35 000 beteiligt.**

---

# Aus der Provinz.

**Merseburg.** Die Ausgabe von Brotmarken und Grützwurstkarten findet im alten Rathaus in folgender Reihenfolge statt: Mittwoch, den 17. April, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließl. J.; Donnerstag, den 18. April, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben K bis einschl. R.; Freitag, den 19. April, für die übrigen Straßen. Die Ausgabe erfolgt früh von 8 bis 12½ Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr gegen Vorlage des Lebensmittelheftes und Abgabe der jetzt laufenden Grützwurstkarte. Die Karten werden nur an die Berechtigten oder erwachsenen Familienmitglieder, in keinem Falle an Kinder unter 14 Jahren, abgegeben. Die neuen Grützwurstkarten sind straßenweise geordnet in der Weise, daß jeder der folgenden vier Verkaufsstellen, Gastwirte Lehmann, Starke und Rudolph, Fleischermeister Schubert, bestimmte Nummern zugewiesen sind, auf die dann die verhältnismäßige Zuteilung erfolgt. Die Wahl der Ausgabestellen steht bei der ersten Ausgabe den Verbrauchern frei. Ein Wechsel ist später nur bei vorliegenden besonderen Gründen auf schriftlichen Antrag beim städtischen Lebensmittelamt zulässig. — Diese Neuordnung ist notwendig geworden auf Verlangen der Provinzialfleischstelle, welche die Beibehaltung der Grützwurstherstellung nur dann zusichern wollte, wenn durch Uebernahme der Herstellung in die städtische Wursterei die Grützwurstausgabe vom ersten bis zum letzten Augenblick in der Hand der städtischen Verwaltung liegt. Die bisherige Ausgabe an zwei Stellen hat zur Folge gehabt, daß sich vielfach Ansammlungen vor den Läden gebildet haben, weil trotz aller Ermahnungen auch diejenigen, die auf ihre Karte unbedingt Grützwurst bekommen müssen, es sich nun einmal nicht nehmen lassen, sich lange vor der Zeit vor dem Laden aufzustellen, zu stoßen und zu drängen, obwohl dadurch nur Unordnung entsteht und niemand mehr und niemand weniger als bei geregeltem Betriebe Grützwurst bekommt. Dieser unangenehme Zustand muß nun aufhören.

— **Leichenlandung.** Die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens wurde Sonnabend nachmittag bei der Waterloobrücke aus der Saale gelandet.

**Schkeuditz.** Griesverkauf. Die hiesigen Materialwarengeschäfte verkaufen am Mittwoch, den 17. April, auf jeden Quittungsabschnitt 7 B ½ Pfund Grieß zu 8 Pf. Die bis einschließlich Freitag, den 19. April, nicht eingelösten Quittungsabschnitte verfallen.

**Eisleben.** Parteiversammlung. Am Sonntag tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Genosse Hilbebrandt-Halle sprach unter großer Aufmerksamkeit der Anwesenden über Organisationsfragen. Redner beleuchtete die Worte und Taten der Regierungssozialisten. An Hand eines reichen Materials und auf Grund des Protokolls des Parteitages von Würzburg wies Redner die Schwenkung nach, welche jene Partei in Wirtschafts- und Steuerfragen in den letzten Jahren vollzogen hat. Besonders wies Redner nach, daß durch Bewilligung der Kriegskredite die Partei gezwungen und gewillt sei, dem Volke die ungeheuerliche steuerliche Belastung mitaufzuerlegen. Sehr eingehend behandelte Redner die veränderte Stellung der Richtung Scheidemann in der Monopolfrage, gegenüber der Stellung der Gesamtpartei zu dieser Frage vor dem 4. August 1914. Am Schluß der Ausführungen besprach Redner die Eigentumsverhältnisse des Volksblattes und die Maßnahmen, die seitens der Gesellschafter Jähnig und Reiwand unternommen wurden, um wiederum als rechtliche Besitzer des Blattes anerkannt zu werden. Der frühere Bezirkssekretär der Gesamtpartei, Dreßler, dem als Gast das Wort gestattet wurde, suchte seine und seiner Freunde Handlungsweise in der Volksblattfrage zu rechtfertigen. Die erregte Stimmung der Versammlung wird ihn wohl belehrt haben, daß seine Mühe vergeblich war. Genosse Hilbebrandt rückte seine Ausführungen in das rechte Licht. Leider mußte durch Eintritt der Polizeistunde die weitere Debatte abgebrochen werden. Wie wir hören, versucht der Vorstand, die Fortsetzung der Versammlung am nächsten Sonntag zu ermöglichen.

**Helfta.** Tödliches Unglück. Am Freitag wurde der Bergarbeiter Friedrich Hecht aus Bornstedt durch niedergehendes Gestein erdrückt. Hecht ist schon vor Jahren einmal schwer verunglückt und bezog Unfallrente.

**Hettstedt.** Knappschaftsältester im Spr. 81 wurde Hüttenschmied Tempel in Molmeck.

— Wieder zwei Diebstähle. Dem Molkereiverwalter Stoppel haben Spitzbuben, nachdem sie einen vor einem Fenster angebrachten Eisenstab krummgebogen hatten und durch das Fenster eingestiegen waren, ein Stück Schinken und einige Würste gestohlen. — Beim Werkstattsboden Julius Heise, Schützenstraße, versuchten Sonntag früh Spitzbuben den Kaninchenstall zu plündern. H. wurde durch das Geräusch wach; ehe er jedoch auf dem Hof eintraf, hatten sich die Spitzbuben, glücklicherweise ohne Beute, bereits eiligst empfohlen. Neben dem Kaninchenstalle lagen vier Kaninchen tot.

— Marmelade. Am Mittwoch, den 17. d. M., erfolgt die Ausgabe von Marmelade, für die Person ein Pfund.

**Liebenwerda.** Mit Kartoffeln eindecken! Der Magistrat macht bekannt: Wer seinen Bedarf an Kartoffeln auf einmal eindecken will, melde sich Donnerstag und Freitag im Lebensmittelbureau. — Versorgungsbezirk Liebenwerda. Auf Abschnitt 16 der braunen Karte ist der Bezug von Marmelade bis Sonnabend, den 20. d. M., abends anzumelden. Diese Anmeldung wird in drei Raten beliefert. Verkaufsstellen: Strumpf, Krause, Hanse, R. Platz, Eichelbaum, Kobbe, Konsumverein, W. Platz, Vesser-Prieschka, Brünnig-Prestewitz, Heine und Krüger-Dobra, Dörner-Thalberg.

**Sangerhausen.** Stadtverordnetensitzung. Einigermaßen unfreundlich stellt sich die Versammlung zu dem Wunsche des nach Sentenberg gewählten 2. Bürgermeisters Seedorf, ihn, wenn möglich, schon am 1. Mai gehen zu lassen. Es wurde beschlossen, das Ausscheiden des Herrn Seedorf nicht vor dem 1. Juli zu genehmigen. Für die Anstellung seines Nachfolgers sind folgende Bedingungen festgestellt: 1. Nebenämter dürfen nur mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung übernommen werden. 2. Das Anfangsgehalt beträgt 4000 Mk. und steigt mit drei Zulagen innerhalb 9 Jahren auf 5000 Mk.; Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen stehen ihm hier gleichfalls zu. 3. Zu erhoffen steht, daß er das Amt eines Amtsanwalts übertragen erhalten bekommt. 4. Es ist in Aussicht genommen, ihm das Amt eines Stiftsverwalters zu übertragen und ihm im Stiftsgebäude freie Wohnung zu gewähren. — Der Steuerbefreiungsbeschluß für eingezogene Unteroffiziere und Mannschaften mit einem Einkommen bis 8000 Mk. wurde auch für 1918 gültig gemacht.

**Eilenburg.** Durch den städtischen Warenverkauf gibt es Kabeljau in den bekannten Verkaufsstellen 1 Pfund 1,50 Mk. auf Bezugsschein 52, ¼ Pfund Marmelade auf Bezugsschein 53, ¼ Pfund Kunsthonig. Der Kunsthonig wird gegen Voranmeldung abgegeben. Bezugsabschnitt 53 ist bis Donnerstag vormittag bei den Geschäftsleuten abzuliefern. 1 Pfund kostet 73 Pf.

**Zschornewitz.** Eine Metallarbeiter-Versammlung hat am vorigen Sonntag (7. 4.) hier stattgefunden. Einem uns zugesandten Berichte zufolge hat dabei der Versammlungsleiter Sprengler-Bitterfeld eine Rolle gespielt, die unbegreiflich erscheint, weil sie darauf hinausläuft, den Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen. Wir warnen Sprengler vor der Wiederholung solchen Verhaltens, andernfalls sind wir gezwungen, sein Verhalten vor der Oeffentlichkeit zu brandmarken. Der vorgetragene Kassenbericht war zufriedenstellend.

**Leipzig** 700 Pfund Zuckerwaren sind mittels Einbruchs in der Nacht zum Sonnabend aus der Niederlage einer Zuckerwarenfabrik gestohlen worden, und zwar 354 Pfund Hustenbonbons, 260 Pfund gefüllte Bonbons.

**Magdeburg.** Kondensierte Vollmilch für Kinder. In den Verkaufsstellen der Butterzentrale Inh. Otto Behner) der Fa. A. H. Köfer, Otto Toepfer, Fr. Wernicke, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend, der Krupp-Konsumanstalt und des Straßenbahnkonsums wird in der Zeit vom 17. bis 20. April 1918 auf die grünen und roten Milchkarten für Kinder von 2 bis 6 Jahren je eine Büchse kondensierte Vollmilch zum Preise von 1,95 Mk. abgegeben. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung der Milchkarten. Die Verkaufsstelle hat auf der Innenseite des Umschlags der roten oder grünen Milchkarte durch ihren Firmenstempel und Eintragung des Datums die Aushändigung der kondensierten Milch zu vermerken. Milchkarten mit dem Stempelaufdruck „Krankenernährung" berechtigen nicht zur Entnahme.

---

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Paul Kennig; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Wilhelm Kersig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

### Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis
(gegründet am 19. April 1889)

Für Parteizwecke gingen ein: Auf Konto L.: M. 10 12,50 Mk.; G. 38 6,10 Mk.; B. 3 82,10 Mk.; Sch. 30 40,25 Mk.; M. 34 11,50 Mk.; JM 151 12 Mk.; B. (203 17,70 Mk., 201 8[illegible] Mk.) Sa. 58,70 Mk. R 86 11,55 Mk.; Sch. 9 10,80 Mk.; B. 202 29,50 Mark. K 7 12 Mk., K 16 1 Mk.; R. 221 6 Mk.; R. 222 18,70 Mk.; K. 190 25 Mk.; F 189 2 Mk.; K. 188 16,50 Mk.; K. 187 12,50 Mark, K. 186 1 Mk.; H. 226 13,30 Mk.; F. 5000 Mk.; G. M. W. 206 und 267 3,05 Mk.; O 11 1,80 Mk.; O. 254 6,50 Mk.; G. W. K. 12 5,65 Mk.; B. 2 12,80 Mk.; A. 31 5 Mk.; Sch. 166 16,25 Mk.; H. 290 25,15 Mk.; B. 247 9,10 Mk.; B. 236 7,80 Mk.; B. 240 9 Mk.; B. 204 185 Mk.; B. 176 34 Mk.; K. 214 7,50 Mk.; B. L. F. G. 9 3 38 Mk.; R. E 913 13 50 Mk.; F. (263 2,30 Mk., 208 18,70 Mk.) zus. 21 Mk.; F. 207 2,65 Mk., 206 13,20 Mk.) zus. 15,85 Mk.; F. (210 32,55 Mk., 209 19 60 Mk.) zus. 52,15 Mk.; H. 255 3,50 Mk.; G 237 8,70 Mk.; B. 215 55 Mk.; B. 205 32,75 Mk.; Sch. Am. 16 0,80 Mk.; J. H. 4 6 Mk.; E. K. 25 5 Mk. Für Konto K.: 10 Distr. 27,05 Mk.; 13. Distr. 1. Rate 20,10 Mark; E. R. 9,15 Mk.; Wa. 15 Mk.; 16 Distr. 9,85 Mk., Fanena 1 Mk.; 4. Distr. 2. Rate 8,10 Mk.; 20. Distr. 9,60 Mk.; 13. Distr. 9,20 Mk.; 4. Distr. 2,50 Mk. Besondere Einsendungen: Kr. 530 Mk.; O. O. in Gr. K. 5 Mk.; H. Bl. 23,50 Mk.; G. M. 30 Mk.; Kranz-Ueberschuß W. u. H. 6,40 Mk. Auf Konto L.: Wittenberg 3. 3. 7.: Mk.; 8. 4. 99 Mk. Sa 172 Mk. 18 15,50 Mk.; Sch. D. 286 3,75 Mk.; 172 8,50 Mk.; 262 9,75 Mk.

Das Parteisekretariat.

---

Arbeitsmarkt

**Aelterer, zuverlässiger Kutscher,** guter Pferdepfleger, sucht
**H. Quandt, Halle, Langestraße 21.** 202

**1–2 Arbeiterinnen**
aus der Lumpenbranche
sofort gesucht. 210
A. Samuel, Alter Markt 7.

**14–15 jähriges Mädchen** 213
als Aufwartung für ganze Tage gesucht.
Meldungen Goethestr. 8, II, r.

**Kräftiger Schuljunge** 2[illegible]
zum Wegegehen gesucht. Meldungen 1½–3 Uhr Germarstrasse 2 ptr. Ernst Karlus.

**Möbel-Transporte**
sowie Speditionsfahren führt sachgemäß aus
Albert Ackermann,
Thomasiusstraße 15. Tel. 5613.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zur Ausführung von Heeresaufträgen:
**Kesselschmiede, Nieter und Stemmer.**
Reflektanten wollen sich bei uns melden. *122
**Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Wagner & Co., Köthen in Anhalt.**

Für unsere Teerdestillation suchen wir
**zuverlässige Arbeiter,**
die bereits in chemischen Fabriken gearbeitet haben.
Aussicht auf Vorarbeiter- oder Meisterstellung. Fabrikkantine vorhanden.
**Byk-Guldenwerke,**
Chemische Fabrik, Aktiengesellschaft,
Piesteritz bei Wittenberg a. d. Elbe. *123

**Moden-Zeitungen** in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191804 16-14/fragment/page=0006